

Aus dem Wahlkreisbüro:

Solidarität wirkt	2
Linksfraktion klagt gegen Tornado-Einsatz	2
Neujahrsempfang	2

Hamburg für alle – sozial & solidarisch

Die Linke tritt an!	3
Politikwechsel in Hamburg	4
Taschenspielertricks oder höhere Mathematik?	4
HHLA: ein Teilerfolg	5
Protest gegen Arbeitsplatzabbau bei EADS	7
Sozialisierung der Verluste - private Aneignung	8
Schlag ins Gesicht	9
„Mook wat“ kürzt Mehraufwandschädigung	9
ARGE verletzt Datenschutzrecht	10
Jugendstrafvollzug: Wer nicht hören will, soll fühlen	11
Ein Gebührenboykott-AStA ist möglich	12

Zur Parteibildung

Der Fahrplan zur neuen Partei	13
Vereinbarung zum Ablauf der Parteineubildung auf Landes- und Bezirksebene	14
Die 5 wichtigsten Aufgaben für die Bezirke	16
Das große „Muss“	17

Feuilleton

„Die Zeichnung überlebt ...“	18
Common Sense und Kunst	20

Aus Bezirken, AGs und Partei

Neuer Kapitalismus - alte Lohnarbeit ?	21
Karnevals-Demo in Wilhelmsburg	22
Die Linke unterstützt Kleingärtner	23
Güterumgehungsbahn-Nord	23
Prof. Schui über Wirtschaftspolitik	24
Veranstaltungsbericht: Gipfel der Ungerechtigkeit	25
„Wehret den Anfängen“ - keine Aufforderung zum Abwarten!	25
Landesfinanzplan der Linkspartei	27
Die Schiedskommission informiert	29
Ankündigungen, Termine, Impressum	30
Letzte Seite	32



Die Linke kommt



Aus dem Wahlkreisbüro Solidarität wirkt

Ein Schritt auf dem Weg zu einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik

Ende 2006 hatte der Hamburger Senat die Abschiebung von mehr als hundert Familien nach Afghanistan angekündigt. Dem daraufhin von Norman Paech initiierten Hamburger Appell - Keine Abschiebung von Familien nach Afghanistan schlossen sich als weitere Erstunterzeichner Wolfgang Rose (ver.di), Fanny Dethloff (BAG Asyl in der Kirche), die Bundestagsabgeordnete Krista Sager und Anja Hajduk (Grüne) sowie Niels Annen (SPD) an. In kurzer Zeit unterzeichneten mehr als 1400 Einzelpersonen und Organisationen den Appell an den Senat, die Flüchtlinge nicht in das Kriegsgebiet zu deportieren. Über 1200 Menschen demonstrierten am 19. Februar mit einer Menschenkette um die Binnenalster gegen die Abschiebepolitik.

Schließlich gab der Senat dem Druck zumindest ein Stück weit nach: Am 13. März ließ die Innenbehörde verlauten, dass die Abschiebung von Familien für ein Jahr ausgesetzt werde. Alleinstehende Männer und Ehepaare sind weiterhin von Abschiebung bedroht. Anfragen an die Innenbehörde nach den Gründen für die Entscheidung blieben ohne Antwort. Der GEW-Bleiberechtsausschuss plant deshalb für den 3. April eine weitere Kundgebung auf dem Rathausmarkt*, während die Linksfraction im Bundestag einen Antrag für einen generellen Abschiebestopp einbringen wird.

„Ich freue mich mit den afghanischen Familien, von denen nun zumindest vorläufig das Damoklesschwert der Abschiebedrohung genommen wurde. Die engagierten Proteste der Hamburgerinnen und Hamburger haben Wirkung gezeigt. (...) Dennoch: Die Entscheidung der Innenbehörde ist halbherzig und bedeutet nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zu einer akzeptablen Flüchtlingspolitik. Grundsätzlich darf kein Mensch, egal welchen Alters und egal welcher Herkunft, in ein Gebiet abgeschoben werden, in dem die Menschenrechte nicht gewährleistet sind. Bis der Senat dieses Prinzip wirklich beherzigt, werden wir nicht locker lassen.“

www.hamburger-appell.de

* Ab **15 Uhr** läuft auf dem Rathausmarkt ein Musik-, Film- und Politprogramm und wieder von **18 bis 20 Uhr**. Dazwischen wird eine Menschenkette gebildet.



Luxus für alle statt Münteferingscher Null-Diät, Dumpinglöhnen und ARGEr Schikane – am 26. Januar luden Norman Paech und die AG Arbeit und Armut zum Neujahrsempfang. Etwa 50 Hartz-IV-Betroffene und weitere Gäste amüsieren sich nicht nur bei der Performance eines Sozialforums-Aktiven, der die Praktiken des ARGE-Außendienstes unter die Lupe nahm. Bei Sekt, Selters und kleinen Snacks wurden auch Kontakte geknüpft, die zur Veröffentlichung eines „Schwarzbuchs Hartz IV in Hamburg“ führen sollen. Die – nicht ohne provokative Hintergedanken – ebenfalls eingeladenen Bürgerschaftsabgeordneten der Hartz IV-Parteien und ARGE-Leiter waren zwar – mit einer Ausnahme – nicht erschienen. Tatenlos blieben sie jedoch nicht: Beim Bundestagspräsidenten ging eine Beschwerde über den angeblichen „Missbrauch“ des Bundesadlers im Einladungsschreiben ein. (Bild: Wahlkreisbüro)

Linksfraction klagt gegen Tornado-Einsatz

Die Linksfraction klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, nachdem eine Organklage der CDU/CSU-Abgeordneten Gauweiler und Wimmer gegen den Einsatz der Jagdflugzeuge aus formalen Gründen abgelehnt worden war. Sie hat diese Klage aufgegriffen und mit umfangreichen Ergänzungen versehen am 21. März eingereicht, um nun eine inhaltliche Entscheidung der Karlsruher Richter zu erzwingen.

Zunächst soll mithilfe eines Eilantrags die für Anfang April geplante Verlegung der Jets nach Masar-i-Scharif im Norden Afghanistans gestoppt werden. Die militärischen Einsatzpläne sehen vor, dass die Tornados von dort aus Bilder von Taliban-Stellungen für Angriffe der im Süden des Landes kämpfenden internationalen Schutztruppe ISAF liefern sollen.

Norman Paech: „Aus unserer Sicht ist die vom Bundestag beschlossene Entsendung der Tornados nicht vom Nato-Vertrag gedeckt. Beim Einsatz in Afghanistan handelt es sich nicht um

Selbstverteidigung der USA, vielmehr ist dies der Einstieg in ein Kriegsszenario. Und eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr ist vom Grundgesetz nicht mandatiert.“

Im Antrag der Linksfraction, der bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag unterlag, heißt es dazu:

„Seit der Ausweitung des ISAF-Mandats auf das gesamte Staatsgebiet Afghanistans und die Unterstellung unter den gemeinsamen Oberbefehl zusammen mit der Operation Enduring Freedom (OEF) ist die notwendige Abgrenzung zwischen den beiden militärischen Operationen nicht mehr gewährleistet. Mit dem Einsatz der Tornado-Flugzeuge im Süden Afghanistans wird das bisherige Maß der Beteiligung überschritten. Eine unmittelbare Teilhabe an Kampfhandlungen ist im ISAF-Mandat nicht eingeschlossen. Daher stellt der Tornado-Einsatz eine neue Qualität des militärischen Engagements dar. Ein solcher neuer Einsatz der Bundeswehr ist sowohl aus rechtlichen wie politischen Gründen abzulehnen.“

In der Bundestagsdebatte zur Tornado-Entsendung wies Norman Paech darauf hin, dass die Regierung sich mit dem Tornado-Einsatz an einem dreifachen Völkerrechtsbruch beteilige:

„1. Sie schicken die Tornados in ei-

nen Krieg im Süden Afghanistans, der nach übereinstimmender Meinung von Kollegen nicht nur des Europaparlaments, sondern auch dieses Parlaments schon lange die Genfer Konvention verletzt. [...]

2. Sie haben gesagt, dass ISAF und OEF ununterscheidbar sind und zusammenwachsen. Das ist eine Sprengung des Mandats von ISAF, also eine schwere Völkerrechtsverletzung.

3. Die Einbeziehung in OEF, also in den Antiterrorkampf gegen al-Quaida – Sie haben selbst gesagt, dass die Camps gar nicht mehr bestehen –, kann nicht mehr als Verteidigungsauftrag nach Art. 51 Abs. 6 der UNO-Charta begründet werden. Sechs Jahre Selbstverteidigung sind eine Absurdität. Das alles ist auch nicht mit dem Verteidigungsauftrag der Verfassung zu begründen.“

Von den Koalitionären wurde diese Argumentation als „Mischung von Vorurteilen und üblen Unterstellungen“ zurückgewiesen: Beim Tornado-Einsatz gehe es um nichts anderes als die für den zivilen Aufbau Afghanistans notwendige militärische Unterstützung. Norman Paech rief daraufhin in Erinnerung, wem diese Unterstützung nach bisheriger Erfahrung in erster Linie dient:

„Sehen Sie denn nicht, dass Sie ... mit der Erweiterung des Kriegsszenarios das Gegenteil von dem machen, was Sie eigentlich machen wollen, nämlich Hearts and Minds zu gewinnen, dass Sie die Taliban eigentlich nur unterstützen, dass Sie sie fördern? In dem sechsjährigen Krieg sind die Taliban noch nie so stark gewesen, insbesondere im Süden, wie jetzt. Das ist ... ein Ergebnis der Verstärkung der militärischen Aktivitäten.“

Ein Zweites. Einer ihrer größten Erfolge in diesen sechs Jahren ist ..., dass der Drogenanbau und der Drogenhandel in dieser Region Dimensionen wie noch nie zuvor angenommen haben. Das ist eine Kriegsökonomie, die die Taliban benutzen, um ihre Stärke weiter auszubauen. Mit der zunehmenden Militarisierung dieses Konfliktes werden also auch die Gegner gestärkt. Daran geht die NATO auf jeden Fall zugrunde.“

Die Erarbeitung und Voranbringung von Exitstrategien, die aus dem militärischen Engagement führen, werden ein Arbeitsschwerpunkt der Fraktion in den kommenden Monaten sein.

Annette Sawatzky
Die vollständige Klageschrift ist abrufbar unter <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7732847756.pdf>

Hamburg für Alle – sozial und solidarisch

Die Linke tritt an!

Die beiden Parteien, Linkspartei. PDS und WASG – Die Wahlalternative werden sich im Sommer zu einer starken **DIE LINKE. Hamburg** vereinigen

Die Weichen sind gestellt:

*Die Landesvorstände haben jetzt den Fahrplan und die einzelnen Schritte zur Gründung der neuen linken Partei in einer Vereinbarung festgeschrieben. Vom 30.3. – 18.5. werden die Hamburger Mitglieder beider Parteien über die Verschmelzung, ein Eckpunkteprogramm und die Satzung abstimmen. Am 7./8. Juli findet Gründungsparlament der neuen Partei **DIE LINKE. Hamburg** statt. Damit werden die Voraussetzungen für die Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen geschaffen.*

In Hamburg wollen wir mit einer gemeinsam gestalteten, linken Politik ein deutliches Zeichen gegen die konservativen Kräfte setzen. Wir lehnen die CDU-Politik der „Wachsenden Stadt“, in deren Einflussbereich auch die zahnlose „Opposition“politik von SPD und GAL bleibt, grundsätzlich ab. Jeder weiß: So kann es mit der Hamburger Politik nicht weitergehen:

- Gegen alle Schikane und Behinderungen haben die Menschen in dieser Stadt zwei Volksbegehren unterschrieben.
- Obwohl Telekom und EADS Gewinne machen, sollen Tausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden.
- Trotz negativer Erfahrungen mit der Privatisierung bei Asklepios/LBK und „Pflegen und Wohnen“ soll nun auch die HHLA verkauft werden – obwohl das Unternehmen in der Lage ist, nötige Investitionen selbstständig zu finanzieren.

Obwohl Hamburg eine reiche Stadt ist, können immer mehr Menschen nicht mehr von eigener Arbeit leben und werden ins Abseits gedrängt.

- Alarmierend ist die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen und Kindern und Jugendlichen, die von der Sozialhilfe abhängig sind.
 - Als einziges Bundesland schiebt Hamburg ganze MigrantInnen - Familien in Kriegsgebiete ab.
- Die Beispiele ließen sich lückenlos fortsetzen.

Dagegen wehren sich immer mehr Hamburger: Mit Streiks, Demonstrationen, Betriebsversammlungen, Menschenketten, Volksbegehren, Stadtteilaktionen. **DIE LINKE.** unterstützt

dies und ist dabei. In Zukunft wollen wir darüber hinaus auch innerhalb des Parlaments unsere Stimme erheben und für die politische Konzeption eines radikalen Politikwechsels werben. Wir werden die Chance wahrnehmen, auch parlamentarisch unsere Alternativen eines „Hamburg für Alle“ deutlich zu machen und ein neues Kapitel politischer Kultur in Hamburg öffnen.

Der Kurswechsel für eine bessere Zukunft bedeutet vorrangig:

- Stopp der Privatisierungspolitik. Kein Verkauf der HHLA, von städtischem Eigentum, wie z.B. Wohnungen und Immobilien, von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen.
 - Aussetzen der Förderung von Großprojekten. Dafür Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor.
 - Demokratisierung der Stadt. Ausbau, nicht Abbau von Beteiligungsrechten.
- Keine Abschiebung in Kriegs- oder Spannungsgebiete.
- Bildung für Alle und damit eine klare Schwerpunktsetzung bei den öffentlichen Finanzen: Gebührenfreie Bildung in Kitas, in Schulen, im Studium, gemeinsames Lernen in einer gemeinsamen Einheitsschule.

Mit vielen Hamburgerinnen und Hamburgern wollen wir so für eine andere, soziale Politik eintreten und all denen eine Stimme geben, die die soziale Spaltung der Stadt nicht länger hinnehmen wollen. Dazu werden wir in den kommenden Monaten intensiv mit außerparlamentarischen Kräften in Hamburg eine gemeinsame Wahlplattform erarbeiten.

DIE LINKE.Hamburg wird mit offenen Kandidatenlisten für die Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen in allen 17 Wahlkreisen antreten.

Die Linke Opposition kommt!

Hamburg, den 20. März 2007
Die geschäftsführenden Landesvorstände von Linkspartei.PDS und WASG – Die Wahlalternative, Landesverband Hamburg

Taschenspielertricks oder höhere Mathematik?

Ole von Beust zeigte sich öffentlich sehr beeindruckt von dem Film, den Al Gore in die Kinos brachte. Unverzüglich wurde eine Leitstelle für Klimaschutz in der Senatskanzlei eingerichtet.

Die CDU sandte mit Hilfe der Medien das Signal in die Stadt, die Partei zu sein, die sich jetzt vordringlich gegen die drohende Klimakatastrophe stark macht.

Keinen Monat später wurden die Preise für den Öffentlichen Nahverkehr erhöht!

Auch bei den Beründungen wurde geklotzt statt gekleckert. Eine HVV-Sprecherin erklärte, dass

– ein Großteil wieder investiert würde, und zwar vordringlich in das Schienennetz

– 100% der Mehreinnahmen zu den Kunden zurückfließen würden, und zwar in Form von Tarifnachlässen

– Mehrkosten abgedeckt werden müssten, und zwar die gestiegenen Energiekosten.

Der neue Umwelt- und Verkehrssenator Gdaschko setzte noch eins drauf:

– „Umweltfreundlichkeit gibt es nicht kostenlos. Die Wasserstoffbusse in Hamburg sind beispielsweise sehr teuer.“

Nun bin ich zugegebenermaßen ziemlich altmodisch.

Ich lege nach wie vor Wert auf höfliche Umgangsformen; ich bin immer noch der Auffassung, dass Vollzeitarbeit dazu dienen muss, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten; ich glaube unerschütterlich daran, dass vorhandenes Geld nur einmal ausgegeben werden kann, und ich beherrsche die Prozentrechnung.

Die Einnahmen aus den Fahrpreiserhöhungen, die werden aber offenkundig gleich vier Mal ausgegeben!

Taschenspielertricks oder höhere Mathematik?

Wahrscheinlich stimmt nichts davon. Den Bürgern wird etwas vorgegaukelt. Sie sollen beruhigt werden – leider werden sie für dumm verkauft – mal wieder!

Glaubwürdige Politik im Zeichen von Klimaschutz wäre eine Senkung der HVV-Preise und die Wiedereinführung des Sozialtickets auf dem alten Niveau.

Dora Heyenn

Politikwechsel in Hamburg

Der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) ist mit der Entwicklung in der Stadt hoch zufrieden. „Wir werden gegenwärtig gut regiert vom Senat mit Ole von Beust, das muss man fairerweise sagen.“ Mit dieser Bewertung steht der SPD-Politiker allerdings allein auf weiter Flur. Es gibt nicht nur massive Kritik am politischen Agieren des CDU-Senats auf einzelnen Politikfeldern, sondern die CDU ist insgesamt in der politischen Defensive. Bei den Wahlen könnte sie nach aktuellen Umfragen nur mehr mit einem Stimmenanteil von 44 % rechnen.

Zwar schreibt sich die CDU das Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent und den aktuellen Haushaltsüberschuss als politischen Erfolg gut, doch bei den WählerInnen hat sie mit der Strategie der „wachsenden Stadt“ nicht punkten können. Die CDU betrachtet Hamburg als Wirtschaftsunternehmen, bei dem es eine gute Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften gilt. Dies bedeutet:

- dauerhafter Ausgleich des Betriebshaushalts durch rigoroses Sparen;
- Fortsetzung der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen sowie des Verkaufs des städtischen Vermögens;
- weitere Umschichtung der Ausgaben zugunsten der Bereiche innere Sicherheit und Bildung (vor allem Eliteförderung);
- Konzentration der Investitionen auf „Großprojekte“;
- mittelfristig Finanzierung der Hälfte der Investitionen aus Überschüssen im Betriebshaushalt.

Die wachsenden Proteste gegen diese Strategie der „wachsenden Stadt“ haben den CDU Senat zu Kurskorrekturen gezwungen:

- Die CDU hat die Initiative „lebenswerte Stadt“ aufgelegt. Mit jährlich rund 25 Millionen Euro soll der verfestigten Armut in sechs besonders benachteiligten Stadtvierteln entgegengewirkt werden. Angesichts wachsender sozialer Gegensätze und überdurchschnittlich hoher Kinderarmut hat die CDU ihre soziale Ader wiederentdeckt. Eine durchgreifende Verbesserung ist mit diesem Pro-

gramm jedoch nicht zu erreichen.

- Die CDU Hamburgs rückt – wie in anderen Bundesländern – von ihrer kompromisslosen Verteidigung des gegliederten (und stark selektierenden) Schulsystems ab. Das Zwei-Säulen-Modell erlaubt die Fortführung der gymnasialen Elitebildung und die Bündelung von Haupt- und Realschule.
- Parteiintern gibt es in der CDU breites Unbehagen über die durchgepeitschten Veränderung des Wahlrechtes, die Beschränkungen für Volksabstimmungen und die Ein-



schränkungen beim Personalvertretungsrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Durch das erfolgreiche Volksbegehren gegen die Wahlrechtsänderungen ist weiterer Konfliktstoff vorprogrammiert.

Das jüngste Beispiel einer Kurskorrektur ist, dass die CDU nach monatelanger Auseinandersetzung auf einen Verkauf von 49,9% der der Stadt Hamburg zu 100 Prozent über eine Holdinggesellschaft gehörenden Hamburger Hafen und Logistik AG verzichtet. Der CDU-Bürgermeister Ole von Beust demonstriert Einsicht: „Wir möchten als Hansestadt Hamburg am Steuer dieses Unternehmens bleiben.“ In erster Linie hatten die Belegschaft und ihre Gewerkschaft Verdi seit zwei Jahren gegen eine weitere Privatisierung des öffentlichen Eigentums gekämpft. Aber auch der seit dem Verkauf des Landesbetriebs Krankenhaus angewachsene Widerstand gegen die neoliberale Aus-

verkaufspolitik hat die regierende CDU zum Einlenken veranlasst.

Die HHLA ist das zentrale Unternehmen im Hamburger Containerumschlag und über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften direkt oder indirekt in fast allen Hafengebieten aktiv. So ist sie im Immobilien- und Beratungsgeschäften tätig, besitzt die historische Speicherstadt und den Fischmarkt. Erklärte Absicht der CDU war neben der Neuordnung der Finanzierung der Hafeninfrasturktur (vor allem der Terminals) die „Erschließung“ der stillen Reserven der HHLA. Die CDU wollte die Eigentumsverhältnisse der Speicherstadt und der HHLA-Tochtergesellschaft Fischmarkt Hamburg Altona GmbH (FMH) neu regeln. Die Bereiche Speicherstadt und Fischmarkt gehören in der Logik der regierenden Senatspartei nicht zum Kerngeschäft der HHLA. Weil diese Bereiche eine herausragende Bedeutung für die Stadtentwicklung haben, sollten sie bei einer Teilprivatisierung der HHLA aus der deren Kontrolle herausgelöst werden. Die Bebauung des Hafens hat sich schon in der Vergangenheit für viele Investoren als veritable Goldmine erwiesen. Insofern sind die weitreichenden Pläne einer neoliberalen Umgestaltung Hamburgs mindestens zeitweilig durchkreuzt worden. Werden jetzt lediglich 30% des Aktienkapitals der HHLA an der Börse zum Kauf angeboten, ist die Privatisierung zunächst aufgeschoben und die Umschichtung des Immobilienvermögens vertagt. Dauerhaft können allerdings die Privatisierung und Deregulierung nur durch einen Politikwechsel gestoppt werden.

Die politische Linke ist aufgefordert, die politische Defensive der CDU und die offenkundige Krise der Sozialdemokratie aufzugreifen. Wer der reaktionären CDU-Politik und dem sanften Neoliberalismus einer Koalition aus SPD und Grünen dauerhaft einen Riegel vorschieben will, der muss für größere Transparenz der Rathaus- und Stadtpolitik eintreten. Noch ist die Tendenz zur Privatisierung und Entdemokratisierung in der Stadt nicht nachhaltig gestoppt. In den im Frühjahr 2008 fälligen Bürgerschaftswahlen kann ein neues Kapital politischer Kultur in Hamburg eröffnet werden. Die Neue Linke in Hamburg hat die Chance, für die Konzeption eines Politikwechsel die entsprechende Unterstützung einzuwerben. Auch in Hamburg ist ein eine andere Zukunft möglich: Dies bedeutet praktisch:

- Aussetzung der Förderung für Großprojekte. Es wird viel Geld in Re-

nommierprojekte gesteckt, das in den Bereichen, die für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt und ihre sozialen Gestaltung von zentraler Bedeutung sind, eingespart werden muss. Stattdessen müssten Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zum Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung auf den Weg gebracht werden.

- Stopp des Verkaufs oder der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen;
- Wiederherstellung der demokratischen Beteiligungsrechte der Bevölkerung und der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen;
- Schließlich geht es um eine klare

deutet.

In der Tat: „Um die für die Marktfähigkeit erforderliche Platzierungsgröße an der Börse zu erreichen, sollen rund 30 Prozent des Aktienkapitals der HHLA als Stammaktien an der Börse angeboten werden,“ heißt in der Verlautbarung des Senats vom 13. März 2007. Es werden also 30% des Eigentums aller Hamburgerinnen und Hamburger an dem größten Hafenbetrieb privatisiert. Das ist schlecht, denn „Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums“! Darüber hinaus können mit diesen 30 Prozent künftig keine Gewinne mehr für die öffentlichen Haushalte Hamburgs erwirtschaftet werden.



Bild: Andreas Grünwald

Schwerpunktsetzung bei den öffentlichen Finanzen zugunsten des Ausbaus einer gebührenfreien Kinderbetreuung und Vorschulerziehung sowie eines Programms zur Verbesserung der Ausbildungs- und Bildungssituation.

Joachim Bischoff

HHLA: ein Teilerfolg

... und eine Niederlage von Senat und Handelskammer

„Hamburgs Hafen geht an die Börse“, konnten wir im ND am 14. März 2007 lesen. Das ist nicht unbedingt falsch. Es erfasst aber nicht im Geringsten das, was das Ergebnis als Resultat der Auseinandersetzungen wirklich be-

Zu den Ausgangspositionen

Zu den großen Niederlagen der Hamburger Gewerkschaften und auch der politischen Linken Hamburgs gehört den 100%ige Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser durch den CDU-Senat gegen den dokumentierten Mehrheitswillen der Hamburger Bevölkerung. Ein deutliches Signal, dass dieser Senat keine Hemmungen hat, seinen Privatisierungswahn auch durchzusetzen.

Noch vor einem Jahr kündigte der damalige Finanzsenator Peiner an, 75% der stadteigenen Hafen- und Logistik AG privatisieren zu wollen. Zum Zeitpunkt der HHLA-Betriebsversammlung am 19. Januar 2006 waren Teile von ver.di Hamburg bereit, auch eine Teilprivatisierung bis 49% zu akzeptieren. Hauptsache, es würde nicht die Bundesbahn werden. Schon zu diesem Zeitpunkt sagten die LINKE

Hamburg und die AG betrieb & gewerkschaft, dass auch eine Minderheitsprivatisierung falsch und schädlich sei.

Der Senat begab sich dann auf eine Position, 49% des Aktienkapitals der HHLA auf jeden Fall an einen „strategischen Investor“ zu verkaufen. Wer den Ablauf beim LBK kannte wusste, dass dies auch ernst gemeint war. *Die Position war bis zum Freitag, den 9. März 2007, die Haltung des Senats.* Gleichzeitig wollte der Senat bis zu diesem Zeitpunkt die HHLA-Konzernteile Speicherstadt und Fischmarkt ausgliedern und verkaufen.

Besonders bedrohlich in diesem Zusammenhang natürlich, dass in dem vom Senat ausgerufenen „Bieterverfahren“ beispielsweise auch „Dubai Ports“ dabei war. Diese legten als Erstangebot erst einmal 1,6 Milliarden Euro (!!!) für die 49% HHLA vor. Auch sie meinten es ernst: „Dubai Ports“ betreibt mittlerweile 52 Häfen dieser Erde. Aber auch die zuletzt in dem Bieterverfahren verbliebenen HOCHTIEF AG und eine mit Öldollars versehene australische Investorengruppe wären nicht besser gewesen.

Veränderungen bei ver.di und den Betriebsräten

Im Laufe des Jahres 2006 gab es klare Positionierung bei ver.di im Hafen und hamburgweit. erinnert (vielleicht auch ein wenig durch Materialien aus linken Zusammenhängen) an die Erfahrungen beim LBK, die bewiesen, dass auch schon eine Minderheitenbeteiligung durch Asklepios einen Austritt aus dem Unternehmerverband und eine Kündigung der Tarife nach sich zog, lehnten die ver.di-Vertrauensleute der HHLA und des übrigen Hafens auch eine Minderheitsprivatisierung der HHLA ab. Der Verkauf an einen „strategischen Partner“ und das Bieterverfahren des Senats wurden abgelehnt. Ebenso die Ausgliederung von Speicherstadt und Fischmarkt und die Reduzierung auf die „Containerbuden“ (Terminals). Das war auch die Position des Konzernbetriebsrats.

Termine der Auseinandersetzung

Bereits auf der Betriebsversammlung am 14. Dezember 2006 wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung sich zuspitzte. Die Beschäftigten beließen es nicht bei der Betriebsversammlung, sondern demonstrierten (eigentlich während der Arbeitszeit) zum „Hafenrathaus“ St. Annen, wo der Aufsichtsrat tagte. Auch nach der Betriebsver-

sammlung am 22.2.2007 nahmen die Beschäftigten nicht etwa die Arbeit auf, sondern demonstrierten zum Hamburger Rathaus (erneut während der Arbeitszeit). Die HHLA-Beschäftigten standen nicht allein. So waren am 14.12.2006 Betriebsräte weiterer Hafenbetriebe wie eurogate, SWT oder Midgard auf der Betriebsversammlung vertreten. Auf der Betriebsversammlung am 22.2.2007 sprach dann der Betriebsratsvorsitzende der Gesamthafenarbeiter. Damit war klar: Der Senat hat es mit den Beschäftigten aller Hafenbetriebe zu tun.

Die Entscheidungssituation

Aber bis zum 9. März 2007 bewegte sich der Senat trotz allem nicht und war vermutlich der Meinung, seine Position, ähnlich wie beim LBK oder bei „pflegen & wohnen“, durchziehen zu können.

Nun hatte der Konzernbetriebsrat beschlossen, ab Montag, 12. März 2007, keine Überstunden mehr zu genehmigen. Vor allem aber hätte der Senat ein Problem gehabt. Da ein Drittel des Hamburger Hafenumschlags in Mehrarbeit abgewickelt wird, wäre die Elbe in kürzester Zeit zu einem Schiffsparkplatz geworden.

Diese Situation setzte den Senat so unter Druck, dass Wirtschaftssenator Ulldall den Konzernbetriebsrat am 9.3.2007 einlud und signalisierte, dass, wenn zunächst einmal am 12.3.2007 der Überstundenboykott ausgesetzt würde, der Senat am 13.3.2007 auf erhebliche Teile seiner bisherigen Vorstellungen verzichten würde. Das veranlasste den KBR den Überstundenboykott auszusetzen.

Zum Ergebnis

In der Tat teilte die Senatspressestelle am 13. März 2007 Einzelheiten mit, die sich deutlich von dem unterscheiden, was der Senat noch wenige Tage vorher für unverzichtbar gehalten hatte:

- Das Bieterverfahren für eine 49%ige Beteiligung eines strategischen Partners wird sofort eingestellt.
- Bei den 30% des Aktienkapitals, die an die Börse gebracht werden sollen, soll ein Streubesitz erreicht werden (anders als beim geplanten Börsengang der Bahn).
- Darüber hinaus sollen im Rahmen einer Mitarbeiterbeteiligung stimmrechtslose Vorzugsaktien ausgegeben werden.
- Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in jedem Fall mit ihrer Mehrheitsbeteiligung (70%) die

Steuerungselemente für die HHLA behält.

- Speicherstadt und Fischmarkt bleiben Bestandteil der HHLA. Die Konzernstruktur bleibt also so erhalten, wie sie ist.

Besonders der letzte Punkt, der nicht so wichtig erscheint, ist positiv. Konzernbetriebsrat und ver.di haben sich damit erfolgreich nicht nur für die Beschäftigten der Kernbereiche des Konzerns stark gemacht. Das hat man in Konzernen wie Daimler-Chrysler usw. auch schon anders erlebt.

Alles in allem also ein Teilerfolg in einem gewerkschaftlich hoch organisierten Bereich, in dem während dieser Auseinandersetzungen noch neue ver.di-Mitglieder gewonnen werden konnten.

Offene Fragen

Ein Teilerfolg ist ja kein Sieg und wirft eine Menge Fragen auf, die jetzt unter einigen an der Auseinandersetzung Beteiligten debattiert werden:

- Ist es möglich und mit welchem Kräften, den geplanten Börsengang rückgängig zu machen?
- Wenn der Senat tatsächlich wünscht, dass die HHLA-Aktien in „Streubesitz“ übergehen sollen, ist es da nicht sinnvoll, dass Hafenbeschäftigte, Gewerkschaften wie ver.di oder andere Linke Kollektivgremien bilden („die soziale Hafenalternative“), um gemeinsam einen möglichst großen Anteil dieser Aktien eben nicht „strategischen Partnern“ zukommen zu lassen?

Es sollte auch der Zusammenhang zu anderen Auseinandersetzungen in Hamburg hergestellt werden. Wenn der CDU-Senat erstmals seine Privatisierungspläne nicht wie gewünscht durchsetzen konnte, wie kann das genutzt werden, um weitere Privatisierungsvorhaben zu stoppen?

Ist es nicht sinnvoll, darüber zu debattieren, in Hamburg eine „Rekommunalisierung“ durchzuführen?

Warum soll der LBK denn nicht wieder in Hamburger öffentlichen Besitz gelangen können?

Der Präses der Handelskammer Karl-Joachim Dreyer empfindet das Ergebnis bei der HHLA als Niederlage und schimpft, dass es sich hierbei nur um die „zweitbeste Lösung“ handelt, die nur „aufgrund einer Drohkulisse der Gewerkschaft ver.di „zustande gekommen sei.

Auch er hat begriffen: Eigentumsfragen – sind Machtfragen !

Gerald Kemski,
AG betrieb & gewerkschaft,
19.3.2007

Protest gegen Arbeitsplatzabbau bei EADS

Rund 20 000 Metaller protestierten auf dem Spielbudenplatz in St. Pauli, von Linkspartei und WASG durch ein gemeinsames Flugblatt unterstützt. Natürlich müssen Linke gegen das Weg-rationalisieren von 10.000 Arbeitsplätzen protestieren. Und die im Shareholder-Value-Kapitalismus zur Regel gewordene Gleichung „weniger Arbeitsplätze = steigende Aktienkurse“ muss durchbrochen werden. Doch bei EADS gibt es noch einige weitere zu diskutierende Momente. Immerhin protestierte u.a. auch der CDU- Senator Ulldal mit. Und: Ist EADS nicht der größte Rüstungskonzern der BRD? Sind die 155 Mill. Euro, die der Hamburger Senat mal so eben für sein Aktienpaket ausgegeben hat, sinnvoll (immerhin vertreten Linke zuweilen die Forderung nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien)? Steht die Linke eigentlich für den EADS- Standort Hamburg?

Darum hier in aller Kürze einige Stichworte zu den anderen Aspekten der „EADS-Krise“.

1. Entlassungen bei Airbus müssten sein, weil durch den Auslieferungsverzug des A 380 5 Mrd. Euro an Verlusten entstanden seien. Erstens handelt es sich um die Kosten von eindeutigen Management-Fehlern. Schon 2003 hat der Betriebsrat auf die Probleme und den um 5 cm zu kurzen Kabelschacht hingewiesen – aber das Management, im Größenwahn befangen, unbedingt Boeing überrunden zu wollen, hat nicht hören wollen. Wieso sollen Arbeitnehmer mit Verlust ihres Arbeitsplatzes dafür bluten?

2. Es sollen noch 10.000 Arbeitsplätze weggekürzt werden (Sparprogramm Power 8). Verschwiegen wird, dass bereits 2000 Zeitarbeiter allein in Hamburg nach Hause geschickt worden sind. Vor kurzem konnte man noch jede Woche mindestens einmal in BILD und Abendblatt lesen, dass Airbus 4000 zusätzlich Arbeitskräfte brauche. Dabei wurde schon 1999/2000 von der Werksleitung eingestanden, man sei schon froh, wenn effektiv 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Wenig später wurde eine managementinterne Aktennotiz bekannt, dass „kein zusätzliches Personal für den A 380 eingestellt werde“. Mit Rücksicht auf die hohen Zuschüsse aus Steuergeldern müsse jedoch „unter allen Umständen die Sprachregelung für ca. 3000 neue Arbeitsplätze beibehalten



Bild: Andreas Grünwald

werden“. Dazu passt, dass Airbus später nicht bereit war, der Kirchengemeinde Neuenfelde vertraglich die Schaffung von nur 100 zusätzlichen Arbeitsplätzen zuzusichern, wenn sie das Sperrgrundstück zwecks Startbahnverlängerung herzugeben bereit wäre.

3. Wenn der französische, spanische und deutsche Staat sowie die Bundesländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Baden-Württemberg mittlerweile zu 40% Anteilseigner sind, ist zu fragen, warum sie ihren Einfluss als Aktienbesitzer nicht geltend machen, das Management zum Erhalt aller Arbeitsplätze zu bringen. Die deutschen staatlichen Anteilseigner zumindest verzichten aber zugunsten von Daimler-Chrysler auf ihr Stimmrecht – sie überlassen es einfach auch dem anderen großen Global-Player. Und der ist an Rendite der Aktien, nicht an Arbeitnehmern als Kostenfaktor interessiert. Auf diese Frage zielt der Antrag, den die Linksfraktion im Bundestag gerade eingebracht hat.

Wie verlogen die CDU in dieser Frage operiert, wird an dem viel beklatschten Satz Ulldals auf der Kundgebung deutlich: „Wir lassen uns nicht den Hafen nehmen und wir lassen uns auch Airbus nicht nehmen!“ Dabei ist es der Hamburger CDU-Senat, der die HHLA verkaufen will und der auf sein Eigentümer-Recht bei Airbus verzichtet.

4. EADS ist nicht nur Airbus. Es ist mit weiteren vier Produktlinien und zahlreichen Töchtern der größte Rüstungsproduzent Europas: 1. Produkt-

linie militärische Transportflugzeuge (u.a. Military Airbus A 400 M). Da hat Hamburg die Systemführerschaft. Allein 90 Beschäftigte in Finkenwerder arbeiten seit Jahren am Benutzerhandbuch. 2. Eurocopter (Huschrauber). Gerade hat die Bundeswehr alleine zur Modernisierung ihrer Transporthubschrauber 535 Mill. Euro bezahlt. Inzwischen ist Eurocopter Nr. 1 in der Welt bei Hubschraubern, davon 51 % militärisch.

3. Verteidigungs- und Sicherheitssysteme (Eurofighter, Tornado, Lenkraketen, MEADS-Feuerleitradar). Die Tochter MBDA (Lenkraketen) ist seit 2004 Nr. 1 in der Welt bei Lenk-

waffen. 4. Raumfahrt: Diese ist an Ariane und am Galileo, dem europäischen Satelliten- und Spionageprogramm, das GPS ablösen soll, beteiligt.

Rund die Hälfte aller Neuanschaffungen bei Gerät für die Bundeswehr wird bei EADS bestellt. Alleine für die drei neuen Waffensysteme A 400 M, die Hubschrauber NH 90 und TIGER sowie den Eurofighter sind bereits zusammen 33 Mrd. Euro bewilligt und z. T. gezahlt. So erhielt EADS alleine für den A 400 M 5 Mrd. Euro Vorschuss und 543 Mill. Euro Ersatz für Zinsaufwendungen. Ein saftiger Extraprofit - davon redet keiner.

5. Für die Werksverweiterung bei Airbus wurde der Stadtteil Neuenfelde platt gemacht, es wurden Obstbauern enteignet, das Flughafengesetz im Schnellgang geändert, und es wurde das Mühlenberger Loch zugeschüttet. Der Weltkonzern EADS betreibt Stadtentwicklung, treibt alle Senate und Bürgerschaftsfraktionen mit Forderungen vor sich her. Bis hin zur GAL. Einzig die fünf Regenbogen-Abgeordneten hatten sich gewehrt. Alle anderen waren dem Konzern zu Diensten. Und nun entscheidet mal eben EADS, dass die Frachtversion des A 380 gar nicht gebaut wird, weil keine Bestellung vorliegt. Zumindest die Landebahnverlängerung, für die Hamburg 160 Mill. Euro an Subventionen zahlt, ist überflüssig. Und was ist mit den rund 860 Mill. Euro, die Hamburg für die Werksverweiterung gezahlt hat? Obwohl also die Stadt hohe Subventionen zahlt, nimmt der Senat keinen Einfluss zugunsten von Arbeitsplätzen, sondern unterstützt das wirt-

schaftsimperiale Gehabe der Konzernleitung.

Darum ist es gut, dass jetzt endlich in der Öffentlichkeit vermehrt über die Politik von EADS diskutiert wird.

Horst Bethge

Demnächst erscheint eine Broschüre von uns zu EADS. Wer sie haben möchte, kann sie im Kreuzweg 7 demnächst erhalten.

Sozialisierung der Verluste – private Aneignung

Etwa zehntausend Arbeitsplätze sollen dem Sparprogramm bei EADS in den vier beteiligten europäischen Ländern zum Opfer fallen, davon in Deutschland rund 3700. Das ist freilich nur die halbe Wahrheit. Wenn die Zahl der Arbeitskräfte reduziert wird, ist damit mehr als das persönliche Schicksal hinter dieser Zahl angesprochen, auch wenn „sozialverträgliche Lösungen“ gefunden werden sollten. Mit wegrationalisierten Arbeitskräften wird auch deren lohnfinanzierte Kaufkraft „wegrationalisiert“; vor allem, wenn die finanziellen Perspektiven durch „Hartz IV“ schon früh desolat aussehen. Daher haben Lohndruck, Entlassungen als auch Arbeitseinsparungen immer die gleichen Folgen: Sie sorgen für weniger Kaufkraft, was zu nachgelagerten Nachfrage- und damit Beschäftigungsrückgängen führt, etwa im Einzelhandel, im Handwerk etc., und somit zu einer sich fortsetzenden, multiplikativen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einer Region oder Standortes führen.

Zur Erinnerung: Zur Überwindung von Rezessionen fordern linke Parteien regelmäßig staatlich initiierte Ausgabenprogramme. Die Wirtschaftswissenschaften verweisen dabei auf weitere Beschäftigungseffekte, da neben den unmittelbar erfahrbaren auch weitere, indirekte Beschäftigungseffekte realisiert werden, beispielsweise im Falle staatlichen Wohnungsbaus nicht nur die Arbeitsplätze „am Bau“, sondern auch in der zuliefernden Zement- und Stahlindustrie, beim Einzelhandel wegen höherer Konsumausgaben in der Gemeinde usw. Die Input-Outputrechnung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung informiert darüber. Diese sog. Multiplikatoreffekte haben einen Wert von ungefähr 2,5 und gelten sowohl für den Beschäftigungsauf- als auch -abbau. Der unmittelbare Verlust eines Arbeits-

platzes führt danach zu einem weiteren Abbau von etwa zwei Arbeitsplätzen. Und so sind durch die Airbuskrise weit mehr Menschen in Deutschland von Arbeitslosigkeit betroffen als die in den Medien genannten 3700. Und die mit dem Sanierungsprogramm „power 8“ angestrebte Kostensenkung von 2,1 Mrd. Euro (andere Quellen: bis zu 5 Mrd. zusätzlich ab sofort) ab dem Jahr 2010 repräsentiert in gleicher (!) Höhe Einkommensenkungen, die zu einem größeren Teil immer auch aus Lohneinkommen bestehen. Gleiches gilt für die „Absenkung von Verwaltungskosten um 30 Prozent“. Auch hier ist die verwaltende Tätigkeit immer nur durch arbeitende Menschen möglich gewesen; die populistischen Aufrufe in der Öffentlichkeit zu Bürokratieabbau sind immer auch als öffentlicher Beschäftigungsabbau mit entsprechend negativen Multiplikatoreffekten zu interpretieren. Wir sollten diese allein vom Umfang her gesellschaftlichen Dimensionen als eine „Vergesellschaftung“ der Airbus- und EADS-Krise begreifen und dies auch offensiv vertreten. Damit wird ausgedrückt, dass in einem umfassenden Verständnis – über die Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnungen hinaus – der Unternehmenssektor oft erhebliche Ineffizienzen produziert, deren Folgen allerdings nicht privat internalisiert, sondern in gesellschaftlichen Auffangbecken sozialstaatlich „sozialisiert“ werden.

Dennoch bleiben EADS und die Konzerntochter Airbus ein überwiegend nach privaten Kalkülen geleiteter internationaler Konzern. Ein Widerspruch! Zwar kennt der EADS-Konzern staatliche Beteiligungen, aber sie fungieren als Finanzsubventionen und entsprechen dem neoliberalen Wirtschaftsverständnis, dass der Staat in die Wirtschaftsprozesse und -ergebnisse nicht einzugreifen habe.

Ein zweites ist nachzutragen, und es betrifft unsere Position in der Diskussion um das Stadtentwicklungskonzept „Wachsende Stadt“. Dieses enthält in schillernden Farben ein Gebrauchswertversprechen, dass die Konzentration der Hamburger Politik auf die Förderung der Cluster mit internationaler Ausstrahlung diese zu „Motoren der regionalen Entwicklung“ werden lässt. Von „Leuchttürmen“ ist da die Rede. Demgegenüber werden bekanntlich die Chancen funktionierender Produktions- und Reproduktionszusammenhänge der sog. lokalen Ökonomie „vor Ort“ übergangen. Wie fragil nun diese Strategie ist, zeigt die Airbuskrise. Wenn ein Se-

nat nur die neoliberale Angebotsförderung als notwendig erachtet und naiv die immer auch notwendige Nachfrage als ohnehin gegeben betrachtet, wird er – und die Bevölkerung – umso überraschender und unvorbereitet konfrontiert mit dem üblichen Krisenprozess im Kapitalismus. Und dieser kennt regelmäßig das Phänomen der „unzureichenden Nachfrage“; am populärsten von Keynes ergründet. Auch wenn hier im konkreten Fall nur bedingt ein anonymes Nachfragedefizit vorliegt und eher sowohl Fehler der Unternehmensleitung als auch Marktrisiken zu nennen sind, muss eine grundsätzliche Kritik über den behandelten Fall hinausgehen. Eine Wirtschaftspolitik, die einseitig sich um Standortvorteile für Unternehmen bemüht, aber zu Nachfrage- und Absatzentwicklung auf diffuse internationale Wettbewerbsfähigkeit setzt, handelt verantwortungslos, weil sie kapitalistische Krisenphasen als Charakteristika dieser Wirtschaftsordnung leugnet, nicht wahrnehmen will. Unabhängig davon, ob Wirtschaftspolitik kompensatorisch ausreichend wirken kann, ist zu fordern, dass die Wirtschaftspolitik, die finanziell ohnehin über Subventionen und Kapitalanteile beteiligt ist, die hieraus sich ergebenden aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten nutzt. Es ist zu befürchten, dass in der sog. Clusterstrategie der Hamburger Senat ebenso fahrlässig annimmt, dass ein „wohlfeiles“ Angebot im Bereich „Lifescience“ oder ITT und Medien“ usw. seine ausreichende Nachfrage immer finden wird. Das zumindest ökonomische Scheitern der einseitigen Angebotspolitik bisher wird dann konkret auch in der Hamburger Clusterpolitik zu entsprechenden sozialen Opfern führen.

Dass im Airbusfall der geplante Beschäftigungsabbau rückgängig zu machen ist, hat neben der sozialen Begründung auch eine ökonomische: Es bliebe immer auch in der betrachteten Region ein Mindestniveau an Einkommen, Produktion und Beschäftigung erhalten, welches vor allem hinsichtlich der mittelbaren Effekte (Multiplikator!) wesentlich umfassender ist, als es der Verzicht auf den Abbau von 3700 Arbeitsplätzen widerspiegelt. Da dies nur unzureichend in privatwirtschaftlichen Kalkülen von Airbus berücksichtigt werden kann, zeigt es doch nur, dass eine von ihren Dimensionen her bereits „gesellschaftliche“ Produktion nur noch unzureichend in privaten Gewinn- und Verlustrechnungen erfasst werden kann.

Dr. Rainer Volkmann

„Mook wat“ kürzt Mehraufwandsentschädigung um 17,7%!

Ein ALG-II-Empfänger benötigt kein teures Videospiele, das den Adrenalinpiegel etwas anregt und ihn dadurch zu Höchstleistungen befähigt. Ihm reicht der tägliche Gang zu seinem Hausbriefkasten vollkommen aus, denn er kann nie sicher sein, ob hinter dessen Türchen nicht vielleicht ein besonders hinterhältiges Schriftstück der ARGE lauert, in dem er aufgefordert wird, seine Mietkosten zu reduzieren, seinen Wasserverbrauch einzuschränken, oder Fragen gestellt werden, welchen Grad der Intimität das Zusammenleben mit Mitbewohnerin oder Mitbewohner erreicht hat. Ab und an liegt dort auch der Einberufungsbescheid zur Ableistung der Zwangsarbeit. In diesem Falle landet der ALG II-Empfänger in einem Rekrutierungsbüro einer vorgeblichen sozialen Einrichtung, wo ihm in einem archaischen Sozialpädagogendeutsch erklärt wird, was man alles Gutes für ihn tun will. Ein richtiger Kumpel



Karneval in Wilhelmsburg. Bild: Astrid Dahaba

wird Typin oder Typ auf der anderen Seite des Schreibtisches, wenn sie oder er erklärt, dass für sie oder ihn Hartz IV auch das Allerletzte sei, die ‚Ein-Euro-Jobs‘ Ausbeutung und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv, aber die Verhältnisse seien nun mal so, wie sie seien. Dem folgt ein längerer Sermon, welcher Glück man doch gehabt habe, dass man genau an diesen Träger gelangt sei, denn bei ihm seien die

‚Ein-Euro-Jobs‘ keineswegs ‚Ein-Euro-Jobs‘, sondern ganz, ganz viel mehr. Und tatsächlich, mehrmaliges Durchrechnen ergibt, dass man 1,25 Euro oder gar 1,30 Euro in der Stunde verdienen kann. An dieser Stelle erwartet Typin oder Typ Jauchzen und Frohlocken.

Möglicherweise hat tatsächlich mal irgendwo einer gejauchzt und frohlockt. Das ist auf jeden Fall der „Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft“ (HAB) zu Ohren gekommen. Die findet Ansätze von Zufriedenheit bei ihrer Klientel schon deshalb nicht gut, weil sie zwar den Glauben an Christkind, Klapperstorch und Osterhase verloren hat, nicht jedoch daran, dass die Folterinstrumente, die ihr durch das Sozialgesetzbuch II zur Verfügung gestellt worden sind, arbeitsmarktpolitische Instrumentarien seien. Also hat sie zum 1. März das Verfahren der Zuweisung in ‚Ein-Euro-Jobs‘ so geändert, auf dass nun jeglicher Ansatz eines glücklichen Lächeln aus dem Gesicht des Arbeitslosen verschwinde. Mit einem finanziellen Aufwand von insgesamt 6,3 Mio. Euro soll die HAB unter dem Titel „ZUB“ (Zentrales Zuweisungs- und Buchungsverfahren) Aufgaben der

Schlag ins Gesicht

Sie wollen das Volk nicht!

Wie anders ist es zu verstehen, wenn die politisch Verantwortlichen der Stadt, die mit Verzögerungen und Tricks das Volksbegehren für ein neues Volksentscheidgesetz zum Scheitern bringen wollten, jetzt auf einmal solche Eile haben, darüber abstimmen zu lassen.

Am heutigen 13.3.07 hat der Landesabstimmungsleiter Willi Beiß das Ergebnis der beiden Volksbegehren bekannt gegeben. Zur Feststellung, dass sich je 100.000 Hamburger mit ihrer Eintragung für die Volksbegehren

1. Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie
2. Rettet den Volksentscheid – Mehr Demokratie und damit für direkte Demokratie in unserer Stadt ausgesprochen haben, ließen die Verantwortlichen reguläre wie angeworbene Zeitarbeitskräfte am Wochenende 10./11.3.07 mit Prämienzahlungen pro gezählter Stimme im Akkord schufteten. Die Absicht ist klar: Durch die plötzliche Eile soll verhindert

werden, dass die Abstimmung parallel zur Bürgerschaftswahl verläuft. Der „unabhängige“ Herr Abstimmungsleiter ist sich offensichtlich nicht zu schade, sich vor den Karren der CDU-Interessen spannen zu lassen. Jeder weiß, dass eine separate Wahl nicht nur unnötig Steuergelder verschwendet, sondern auch eine Mobilisierung der Bürger zu den Wahlen bedeuten schwieriger ist! Bei Verfassungsänderungen, wie in diesem Fall, müssen laut Volksabstimmungsgesetz §23 Abs.1 Satz 2 „zwei Drittel derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, mindestens jedoch die Hälfte der Wahlberechtigten, zugestimmt haben“.

Eine separate Wahl für die Volksentscheide durchzuführen, ist nichts weiter als eine weitere Spielart der Evokationspolitik des Senats, Entscheidungen an sich zu ziehen.

Die Bürgerschaftsmehrheit hat jetzt schon die Machtverteilung zwischen Wahlvolk und etablierten Parteien radikal verändert. Machen wir Schluss mit dieser Politik der Antidemokraten! Mobilisieren wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften für eine Politik der direkten Demokratie, für Partizipation und Selbstbestimmung!

Tilman Rosenau, 13.3.07
Linkspartei.PDS HH-Mitte



Zahllose Menschen warben unermüdlich für die Beteiligung am Volkbegehren und trugen so zu dem großen Erfolg bei. Auch die Linke beteiligte sich engagiert. Bild: Astrid Dahaba

ARGE als Verwaltungshelfer übernehmen. Die HAB soll ein „Profiling“ der Erwerbslosen durchführen und den passenden 1-Euro-Job bei einem Beschäftigungsträger für die Erwerbslosen aussuchen. Die Grundsatzentscheidung, ob die Erwerbslosen für einen 1-Euro-Job in Frage kommen, trifft die ARGE selber.

Von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit einmal abgesehen, dürfte allen Beteiligten klar sein, dass ein derartiges Monstrum wohl kaum in der Lage sein wird, wirklich passende Beschäftigungsgelegenheiten für die Langzeitarbeitslosen zu finden. Vor allem die Presserklärung der ‚Diakonie‘ vom 2. März hat diesen Schwachsinn als das, was er ist, entlarvt, nämlich Schwachsinn. Eine weitere Diskussion über die HAB erübrigt sich also schon deshalb.

Spannender ist es, wie die Träger der Maßnahmen mit diesem Blödsinn umgehen. Die ‚Diakonie‘ etwa hat fast zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Regelung einen wütenden Protest in Form einer Presseerklärung veröffentlicht. Am anderen Ende des Spektrums steht der immer wieder skandalgeschüttelte ‚Mook Wat e.V.‘, der seine nach § 16.3 SGB II Beschäftigten nach allen Regeln der Kunst für dumm verkohlt und in einer Art vorausseilendem Gehorsam die Neuregelung als Erhalt des bisherigen Zustandes verklärt.

Zum Hintergrund: ‚Mook Wat‘ zahlte bisher seinen Mitarbeitern 150 Euro im Monat bei sechs Stunden Arbeit an fünf Tagen pro Woche. Hinzu kam eine Prämie von 30 Euro, wenn das Stundensoll eingehalten wird, in der Summe also 180 Euro. In einem auf den 12. März datierten Brief, der den Mitarbeitern am 14. März vorlag, verkündete die Geschäftsführerin Kersten Tormin, dass sie davon ausgeht, dass die „Neuregelung fast keine negativen finanziellen Auswirkungen hat“. In fünf Punkten erläutert sie dann das neue Modell – und diese Darstellung lässt nur den Schluss zu, dass Frau Tormin entweder ihren eigenen Text nicht verstanden hat oder die Grundrechenarten nicht beherrscht.

Als erstes wird den Mitarbeitern die freiwillig gezahlte Prämie von 30 Euro gestrichen, es folgt die Abschaffung der Pauschale zu Gunsten eines Stundenlohnes, der (Punkt 3) – jauchzet, frohlocket – von 1,25 auf 1,30 Euro erhöht wird. Im vierten Punkt erweist sich Frau Tormin als die Hütchenspielerin unseres Vertrauens: Zunächst wird deutlich, dass Punkt 2 eine Aussage war, für die der Begriff Schummerei doch allzu verharmlosend ist. Es

heißt dort, dass es „in einem Monat mehr Geld [gibt] als bisher, in anderen weniger“. Nun wird aber im vierten bei 23 Arbeitstagen ein Höchstverdienst von 179,40 Euro angegeben, immerhin 0,60 Euro weniger als Mook-Wat-Mitarbeiter bisher bekommen haben. Zwar sind die 60 Cent selbst für einen ALG II-Empfänger kein bedeutender Betrag, straft aber die Aussage, dass in einigen Monaten mehr verdient wird, Lügen. Hinzu kommt, dass das Jahr 2007 nur über drei Monate verfügt, an denen es 23 Arbeitstage gibt. So ist es zum Beispiel im April nur möglich, 148,20 Euro zu verdienen, 31,80 Euro oder 17,7% weniger als nach der alten Regelung (180 Euro). Was würde wohl in einem Betrieb passieren, der seinen Mitarbeitern das Gehalt rückwirkend (!) um diesen Prozentsatz gekürzt hätte?

Fazit: „Mook Wat e.V.“ beteiligt sich an der Ausbeutung Arbeitsloser deutlich über das geforderte Maß hinaus. Die HAB hat einen Büttel, auf den sie stolz sein kann.

Dr. M. Kersting

ARGE verletzt Datenschutzrecht und öffentliches Dienstrecht

Rechtsverstöße durch Dienststellen, die das ALG II organisieren, sind bereits verschiedentlich bekannt geworden und sollen hier nicht in ihrer Gesamtheit diskutiert werden. Dem Autor dieser Zeilen wurden einige Fälle von Verletzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen bekannt, die von allgemeinem Interesse sind.

Die öffentlich-rechtlich organisierten Hamburger ARGE'en, die den einzelnen Bezirksämtern zugeordnet sind, „weisen“ ihre Klienten (Bezieher von ALG II) häufig privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistern „zu“. Die Art und der Sinngehalt so genannter „Leistungen“, die diese Dienstleister konkret erbringen, sind ein Thema für sich und sollen hier nicht behandelt werden.

An dieser Stelle soll aber ein Hinweis auf speziell datenschutzrechtliche Bestimmungen erfolgen: Dem Autor wurde bekannt, dass Dienstleister offenbar nicht selten ihren Klienten (Beziehern von ALG II) die vollständige Einsicht in erhobene Daten verwehren, die von diesen Dienstleistern an die

ARGE'en weitergeleitet werden. Häufig behauptete Begründungen: Das sei „nicht vorgesehen“, „nicht üblich“, es bestünde „kein Recht darauf“ etc.

Derartige Behauptungen sind selbstverständlich Unsinn und verstoßen gegen das Datenschutzrecht. Zu einer entsprechenden Eingabe teilte der Hamburger Datenschutzbeauftragte mit, dass Klienten (Bezieher von ALG II) selbstverständlich das Recht zu vollständiger Information über ihre erhobenen, gespeicherten und an die ARGE'en weitergeleiteten Daten haben, d.h. sowohl für private Dienstleister sowie auch für die ARGE'en besteht Rechtspflicht, auf Anfrage diese Daten mitzuteilen (Der Hamburger Datenschutzbeauftragte, Az. D4-4 2007/177).

Dieses ist insofern von Bedeutung, dass dem Autor mehrere Fälle bekannt wurden, in denen von privaten Dienstleistern falsche Daten über Klienten (Bezieher von ALG II) erhoben und an die ARGE'en weitergeleitet wurden. Solche Daten werden dann von den ARGE'en häufig als Grundlage für Entscheidungen/Rechtsakte verwendet. Darüber nachzudenken, ob ein irgendwie geartetes Prinzip dahinter stecken könnte, bleibt jedem selbst überlassen ...

Daher hier der Hinweis: Einverständniserklärungen gegenüber privaten Dienstleistern, erhobene Daten zu speichern und an die ARGE'en zu übermitteln, erst NACH schriftlicher Fixierung und Einsichtnahme unterschreiben bzw. auf Einsicht bestehen! In allen dem Autor bekannten Fällen ließen Dienstleister sich Einverständniserklärungen VOR Datenerhebungen (blanco) unterschreiben.

Private Dienstleister und ARGE verstoßen mit dieser geschilderten Praxis klar gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen. Die ARGE verstößt mit einer derartigen Praxis weiterhin gegen öffentliches Dienstrecht der BRD (vor allem BBG Abschnitt III u.a.), das sie ohne Zweifel verpflichtet, die Beachtung aller Gesetze des Bundes und Landes sicherzustellen, sowohl bei sich selbst wie bei von ihr beauftragten privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistern. In den dargestellten Fällen ist sie dieser Verpflichtung nicht nachgekommen.

Für Erstellung einer Dokumentation zu Rechtsverstößen gegenüber Beziehern von ALG II wäre der Autor für alle Mitteilungen über konkrete Fälle dankbar. Mitteilungen bitte an:

linxx-axnet.deutschland.ms
Tel. (0175) 2 08 78 26

Rudolf

Wer nicht hören will, soll fühlen

„Wir befinden uns auf dem Weg des zivilisatorischen Rückschritts“, charakterisierte der Hamburger Kriminologe Fritz Sack die Eckpunkte des neuen Strafvollzugsgesetzes, die Justizsenator Lüdemann jüngst vorstellte. Der „zivilisatorische Rückschritt“ besteht kurz darin, dass die inzwischen herrschende Strafvollzugspraxis, die die Reformansätze der 70er Jahre hinweggefegt und die Leitlinie der Resozialisierung durch die Leitlinie des Verwahrvollzugs und der Repression ersetzt hat, nun auch eine gesetzliche Grundlage erhält.¹ Das Roll Back trifft auch den Jugendstrafvollzug.

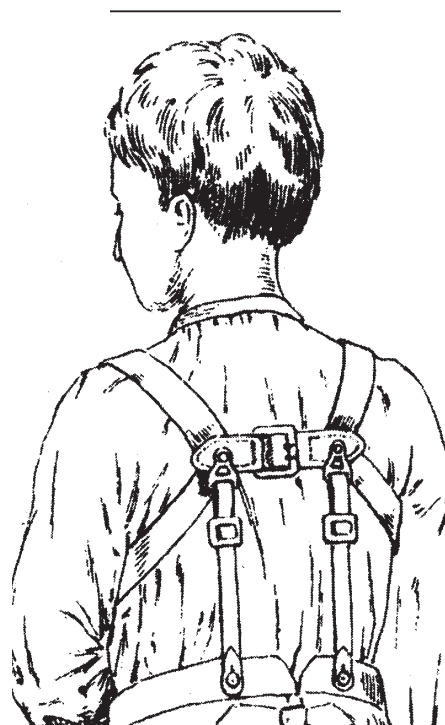
Im Mai 2006 hat das Bundesverfassungsgericht die gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzugs verlangt.² Es hat dabei vorgegeben, dass der Jugendstrafvollzug an der Wiedereingliederung der Jugendlichen und Heranwachsenden orientiert sein muss. Die Forderung von Verbänden wie der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe (DVJJ) nach einem einheitlichen Gesetz scheiterte an der Föderalismusreform, mit der der Strafvollzug zur Ländersache wurde. Während sich neun Bundesländer immerhin bemühen, ein gemeinsames Gesetz auszuarbeiten, versuchen sich einige CDU-regierte Bundesländer, darunter Hamburg, gegenseitig darin zu überbieten, „Law and Order“ (auch) im Jugendstrafvollzug abzuschern.

In Hamburg soll der Jugendstrafvollzug in das allgemeine Strafvollzugsgesetz integriert werden, das, so Lüdemann, den „Sicherungsauftrag als zentrale Aufgabe“ vorsieht. Zwar soll im Jugendvollzug auch das Erziehungsziel verankert, doch eben dem „Sicherungsauftrag“ alles untergeordnet werden. Ein Jugendgefängnis sei schließlich kein Schullandheim, bedient Lüdemann den Stammtisch.³

Entwicklungen im Strafvollzug spiegeln gesellschaftliche Entwicklungen besonders deutlich wieder. Ein wachsender Teil der jungen Menschen macht früh im Leben die Erfahrung, dass die Gesellschaft, so, wie sie verfasst ist, sie nicht braucht, nicht will, ihnen die Bedingungen einer freien Entwicklung ihrer Fähigkeiten verweigert. Sie werden durch Bildungswesen und Arbeitsmarkt früh ausge-

sondert und stehen, wenn sie die Schule mit oder ohne Abschluss verlassen, oft vor dem Nichts. Damit soll nicht behauptet werden, dass sozial deklassierte Jugendliche besonders anfällig für Kriminalität sind – wohl aber, dass sie überproportional häufig im Gefängnis landen.

Jugendkriminalität ist als alters- und entwicklungspezifisches Phänomen normal und deshalb auch weit verbreitet – in allen sozialen Milieus. Probierverhalten, Abenteuerlust, Aufbegehren, Protest, Provokationen, auch Lernfehler sind und waren zu allen Zeiten jugendtypisch.⁴ Studien belegen jedoch, erstens dass Jugendliche in den letzten Jahren für vergleichbare



Erziehung durch Disziplinierung. Der GERADEHALTER – eine Erfindung Schrebers (nach dem die Kleingärten benannt sind) – gewöhnt an den geraden, aber nicht aufrechten Gang.

Delikte immer häufiger und früher zu Jugendstrafen ohne Bewährung verurteilt werden; und zweitens, dass sozial benachteiligte Jugendliche, vor allem solche mit Migrationshintergrund, dabei deutlich härter bestraft werden als sozial bessergestellte Altersgenossen. Konkret heißt das: Im Hamburger Jugendgefängnis Hahnöfersand haben 90% der Gefangenen weder einen Hauptschulabschluss noch eine berufliche Orientierung. 65% von ihnen haben keinen deutschen Pass. Ihre durchschnittliche Strafdauer – das spricht Bände über die behauptete „Gefährlichkeit“ – beträgt ein Jahr.

Die DVJJ⁵ hat kürzlich Mindest-

standards für den Jugendvollzug erarbeitet, die Zweierlei in den Mittelpunkt stellen und von uns in der aktuellen Auseinandersetzung aufgegriffen werden sollten: zum einen die besondere Situation der Jugendlichen, die schließlich nicht „kleine Erwachsene“, sondern junge Menschen in Entwicklung mit all den besonderen Entwicklungsproblemen sind. Und: dass auch Gefangene Menschen mit Grundrechten sind und deshalb nicht zum bloßen Objekt degradiert werden dürfen. Konkret fordert die Vereinigung deshalb für Jugendliche den offenen Vollzug als Regelvollzug, umfassende Beteiligung der Gefangenen an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, Chancen für *alle* Gefangenen, Recht auf Bildung, Sozialversicherung, Konfliktregelung vor Disziplinierung u.ä.m.

Von diesen Mindeststandards sind die Eckpunkte des Hamburger Justizsenators meilenweit entfernt. Regel ist, auch für Jugendliche, der geschlossene Vollzug. Chancen auf Vollzugslockerungen sollen nur solche Gefangene erhalten, die „kooperationsbereit“ sind. Das Recht auf Bildung für jugendliche Gefangene gesetzlich zu verankern, hält Lüdemann „für überspitzt“⁶. In seinem „abgestuften System von Erziehungs- und Disziplinarmaßnahmen“ sind letztere die tragende Säule. Wer nicht spurt, erhält Fernsehverbot, darf sich nicht mit Mitgefangenen treffen und bekommt – ausgerechnet – keine Bücher!

Im Vordergrund des Gesetzentwurfes steht das Verlangen, Leid zuzufügen statt Unterstützung zu geben. Das steht der Integration der jugendlichen Gefangenen entgegen. Es verhindert Rückfälligkeit nicht, sondern leistet ihr Vorschub und steht deshalb auch im Widerspruch zum viel beschworenen Sicherheitsinteresse.

Christiane Schneider

1 Ein Beispiel: 2003 befanden sich in Hamburg noch 26% der Gefangenen im offenen Vollzug. 2006 waren es nur noch 9% – obwohl die übergroße Mehrheit der Gefangenen nur kurze Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr (58%) bzw. zwischen 1 und 2 Jahren (12,5%) verbüßt und der Anteil der Kurzstrafen steigt.

2 Bisher gibt es für den Jugendstrafvollzug lediglich für eine „Übergangszeit“ erlassene Verwaltungsvorschriften!

3 fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemedien/2007/maerz/13/2007-03-13-jb-vollzug.html

4 Siehe ausführlicher: Joachim Walter, Jugendvollzug in der Krise? www.dvjj.de/data/pdf/301d9bb458d4004967d6b2edf7c5a516.doc.

5 Siehe unter: www.dvjj.de

6 Laut dpa, 14.2.07.

Gebührenboykott-AStA möglich, vereinte Linke nötig

Auswertung der Wahl zum Studierenden-Parlament der Uni Hamburg

Plebiszit gegen Studiengebühren

Über die diesjährige StuPa-Wahl an der Uni Hamburg schreibt das Hamburger Abendblatt: „Die bürgerlich-pragmatische AStA-Koalition ... ist der große Sieger ...“ Einer genaueren Betrachtung hält diese Behauptung nicht stand. Sechs der acht im AStA vertretenen Listen haben Stimmen eingebüßt – zusammen knapp fünf Prozentpunkte. Lediglich die Juso-Hochschulgruppe und die Mediziner-Liste konnten zulegen.

Vielmehr war die Wahl ein Plebiszit gegen Studiengebühren. Mit Abstand am stärksten schnitten die Jusos (15,6 Prozent, 9 von 47 Sitzen) und Regenbogen (11,5 Prozent, 7 Sitze) ab. Letztere Gruppierung ist seit Jahren eine profilierte politische Kraft an der Hamburger Uni und bekannt für ihr Engagement gegen die verschiedenen neoliberalen Angriffe. Die Jusos haben vor allem mit ihrem mit großem materiellem Aufwand betriebenen und gegen die vom CDU-Senat eingeführten Gebühren gerichteten Wahlkampf punkten können. Sie waren zudem die einzige Kraft der derzeitigen AStA-Koalition, die sich für den geplanten Studiengebührenboykott ausgesprochen hat. So konnten sie ihr Vorjahresergebnis nahezu verdoppeln.

Die Gruppierungen links von den Jusos kamen zusammen auf 34,2 Prozent (+0,9). Allerdings scheiterten vier der neun angetretenen Listen an der 2,5%-Hürde (harte Zeiten, egal, Sollbruchstellen, Die Linke.WASG – zusammen erhielten sie 6,1 Prozent), so dass die Linke insgesamt lediglich mit 16 Personen im neuen StuPa vertreten sein wird.

Die rechten Kräfte, die den neoliberalen Umbau der Hochschulen am liebsten noch schneller durchziehen würden, bleiben weiterhin im Hintergrund. Die FDP-nahe Liberale Hochschulgruppe (4,0 Prozent, 2 Sitze) verlor 1,3 Prozentpunkte und die CDU-HSG, die im letzten Jahr gar nicht erst angetreten war, kam lediglich auf 2,8 Prozent (2 Sitze).

Der Trend der letzten Jahre, dass viele Studierende für „unpolitische“ fachspezifische Listen stimmten, setz-



Der Kampf gegen die Studiengebühren geht weiter

te sich zudem fort. Insgesamt kamen die sieben verschiedenen „Interessenvertretungen“ auf 32,1 Prozent der Stimmen (- 1,8 Prozent; 16 Sitze). Vor allem die Listen der Mediziner, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler erzielten gute Ergebnisse. Dass jeder Dritte bei seiner Wahlentscheidung prioritär sein eigenes Fach im Blick hatte, spiegelt den katastrophalen Zustand der Studienbedingungen an der Uni Hamburg wieder.

Für einen Gebührenboykott-AStA

Insgesamt stellen die Listen, die angekündigt haben, den Studiengebührenboykott zu unterstützen, die Mehrheit im neuen StuPa. Es besteht also die Möglichkeit, dass die linken Listen einschließlich der Jusos gemeinsam einen neuen AStA bilden. Dies würde auch dem nahezu einstimmigen Beschluss der Vollversammlung, dass die Studierenden der Uni Hamburg sich am Boykott beteiligen, gerecht werden. Zudem wäre ein AStA, der den Boykott organisiert, eine große Hilfe im Kampf gegen Studiengebühren. Die Ressourcen, über die die Studierendenvertretung verfügt, könnten genutzt werden, um die Kommilitonen über den Boykott aufzuklären und sie für die Teilnahme zu gewinnen. Da es im vergangenen Semester bereits einen Konflikt innerhalb der AStA-Koalition über eine mögliche Beteiligung am Boykott gab, wäre es nur konsequent, wenn sich die Jusos als stärkste Kraft nun neue Koalitionspartner suchen.

Für eine geeinte Linke

Wir erleben derzeit eine gigantische neoliberale Offensive in der Gesellschaft – auch an den Hochschulen: Studiengebühren und das Bachelor-/Master-System werden eingeführt, Studiengänge weggekürzt, kritische

Wissenschaftler aus den Lehrstühlen verdrängt. Angesichts dieser Situation brauchen wir eine starke, geeinte Linke. Die Initiative, bundesweit einen neuen linken Hochschulverband zu gründen, der den Neoliberalismus in Theorie und Praxis herausfordern will, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch an der Hamburger Uni benötigen wir die Einheit. Angesichts der momentanen Situation war es ein Fehler der Linken, mit neun verschiedenen Listen anzutreten – nicht nur, weil dadurch drei Sitze im StuPa verloren gegangen sind.

Seit den 1970er Jahren gibt die Uni-Linke ein Bild der Zersplitterung ab. Wenn wir an den Hochschulen wieder in die Offensive kommen möchten, dann müssen wir das ändern. Die Gebührenboykott-Kampagne könnte ein erster Schritt zu einer vereinten Linken sein, die gemeinsame Mobilisierung zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im kommenden Semester ein weiterer.

*Christoph Timann, Marcel Bois,
Die Linke.WASG-Hochschulgruppe*

Ein anderer AStA ist nötig und möglich

Zu den Ergebnissen sowie Konsequenzen der Wahlen zum Studierendenparlament

„Erfasst es tief! Lasst euch von mir, den ihr übrigens verstehen mögt oder nicht, wenigstens das eine sagen und bis nah ans Herz bringen: Denken und Erkennen sind die einzige Art, das Leben zu verbringen, die zuletzt gelohnt hat. Darum verpflichtet sie auch. Ihr

habt die Art gewählt, ihr seid verpflichtet, euch einzusetzen für eure Wahrhaftigkeit. Bekennt und handelt! Verständigt euch und seid einig! Menschen, die wahrhaftig sein wollen, heute trennt sie nichts, besonders keine Wirtschaftsdoktrin. Die künftigen Einrichtungen ergeben sich aus den heutigen Tatsachen.“

Heinrich Mann, „Studenten!“, Pariser Tageblatt (Erstdruck), 26. August 1935. Später in der Sammlung: „Es kommt der Tag. Deutsches Lesebuch“, Zürich: Europa-Verlag 1936.

Gemäß dieser gesellschaftlichen Verpflichtung haben die Studierenden in den späten sechziger und den siebziger Jahren solidarisch für die soziale Öffnung der Hochschulen, ihre demokratische Verfasstheit und den kritischen Gesellschaftsbezug der Wissenschaftsinhalte und der Bildungssubjekte gekämpft. Zu den damaligen und bis heute wirkenden Errungenschaften gehört in diesem Zusammenhang auch die Abschaffung der Studiengebühren.

Die Überzeugungen und die Reichweite des Engagements gegen ihre erneute Einführung war ein wesentliches Thema bei den diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament.

Den stärksten Stimmenzuwachs konnten dabei die Seeheimer-Kreisunterstützten Sozialdemokraten von der Realo- („Juso“-)Hochschulgruppe erzielen. Sie warben mit Stellvertreterpolitik („guter Draht zur SPD“), behaupteten die Befürwortung und Unterstützung des Boykotts der Studiengebühren und wurden damit die quantitativ stärkste Liste.

Die übrigen Gruppierungen der aktuellen rechten AStA-Koalition haben – mit Ausnahme der Medizinerliste, die mit ihrem politischen Partikularismus von der zunehmenden Ausgliederung der Medizin aus dem Gesamtzusammenhang der Hochschule profitierte – für ihre „konstruktive“ Linie gegenüber dem rechten Senat Verluste hinnehmen müssen. (Die Senatsjugend selber, die CDU-Hochschulgruppe, hat ein nur mageres Ergebnis eingefahren).

Der linksgrüne „Regenbogen“ hat sich – mit ein wenig Nachdruck von außen – rechtzeitig zur Wahl anhand der Gegnerschaft zu den Gebühren und dem auch in dieser Frage zahmen aktuellen AStA wieder berappeln können und ist insgesamt zweitstärkste Gruppierung geworden.

Darüber hinaus konnten linke Listen, die im Wahlkampf einen Schwerpunkt auf die Mobilisierung für den Gebührenboykott gelegt haben (hier

insbesondere die Fachschaftsliste gegen Studiengebühren), ebenfalls gute Ergebnisse erzielen.

So ist prinzipiell die Möglichkeit geschaffen, unter Beteiligung weiterer Listen (Internationale-HWP, Geisteswissenschaftenliste) den amtierenden AStA abzulösen und mit den Realos sowie dem Regenbogen als Kern eine Mitte-Links-Koalition zu bilden, die sich über die Gegnerschaft zum Bezahlstudium und das gemeinsame Engagement in der Boykott-Aktion konstituiert.

Allerdings zieren sich die Realos in gewohnter Weise noch ein wenig. Zum einen bestehen bei den spießigen Spezialdemokraten kulturelle Vorbehalte gegen den radikalen Gestus des linksgrünen Lagers, zum anderen fehlt es letzterem an analytischer Substanz und konzeptioneller Klarheit, um die Realo-„juso“-hochschulgruppe an der Notwendigkeit der Opposition zum rechten Senat zu packen. (Die hochschulpolitisch unambitionierte und erfolglose Kandidatur des Linksrucks als „WASG-Hochschulgruppe“ hat zudem die linke Seite des Parlaments auch numerisch geschwächt). So sind beide Seiten mit der ihnen vom Wähler zugewiesenen Verantwortung leicht überfordert.

Da also insbesondere die jungen Sozialdemokraten – was schon des Öfteren vorgekommen ist – nicht von alleine darauf kommen, das Richtige, Wichtige, Gute, Wahre und Schöne zu tun, benötigen sie dabei die Unterstützung all derjenigen, die nicht so sehr oder nicht auf die Institutionen zur Verwaltung des (geringeren) Übels fixiert sind.

Aus diesem Grunde kommt dem Boykott der Studiengebühren eine hohe positive Bedeutung zu.

Nimmt diese Aktion Fahrt auf, so kommt auch am ehesten eine AStA-Koalition zustande, die diese Maßnahme mitträgt; gelingt eine hinreichende Beteiligung, so können die Dressurgebühren zur Bankenfinanzierung gestoppt werden; ist der rechte Senat dadurch geschwächt, ist ein Regierungswechsel wahrscheinlicher geworden; nach einem Regierungswechsel können die Verantwortlichen mit Nachdruck dazu bewegt werden, die Studiengebühren zurückzunehmen und andere politische Reformen vorzunehmen, die die Lebensbedingungen und politischen Wirkungsmöglichkeiten aller verbessern.

Die Partei sollte die Studierenden in dieser Stadt bei diesem lohnenden Vorhaben nach Kräften unterstützen.
Till Petersen, AG Studierendenpolitik

Dokumente zur Parteibildung

Der Fahrplan zur neuen Partei

DIE LINKE.Hamburg ist auf die Schiene gesetzt.

Am 1. März 2007 haben der Landesarbeitsschuss der Linkspartei, PDS und der Landesvorstand der WASG Hamburg die Weichen endgültig in Richtung Parteeineubildung gestellt. Es wurde eine „*vereinbarung zum Ablauf der Parteeineubildung auf Landes- und Bezirksebene der Linkspartei.PDS Landesverband Hamburg und der WASG Hamburg*“ abgeschlossen, die am 15. März unterschrieben wurde.

Nach den parallel stattfindenden **Bundesparteitagen der beiden Parteien am 24. und am 25. März 2007 in Dortmund** findet vom **30. März bis zum 18. Mai 2007 die Urabstimmung in WASG und Linkspartei über die Parteeineubildung** auf Basis der Dortmunder Parteitagsbeschlüsse, den *Gründungsdokumenten*, statt.

Die Abstimmungsunterlagen werden zentral von den Parteivorständen verschickt, die Gründungsdokumente, programmatische Eckpunkte, Bundessatzung, Verschmelzungsvertrag, Finanz- und Schiedsordnung gehen den Mitglieder von WASG und Linkspartei.PDS in Hamburg zusammen mit diesem LandesINFO von den Landesvorständen zu.

Diese sollen dann möglichst schnell mit dem beiliegenden Rückumschlag an die Landesgeschäftsstelle zurückgeschickt werden, um eine gute Wahlbeteiligung erreichen zu können.

Am **18. April** findet die **Gründungsversammlung des Jugendverbandes** der neuen Partei in Hamburg ab 18:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle im Kreuzweg 7 statt. Stimmberechtigt sind dort alle Mitglieder der WASG und der Linkspartei.PDS unter 35, alle Mitglieder und SympathisantInnen von [‘solid] (der Linksparteinahe Jugendverband) und den „Linksabbiegern“ (die Jugendstruktur der WASG Hamburg).





Bis zum 1. Juni 2007 müssen

- sich alle **Zusammenschlüsse** bei dem jeweils zuständigen Landesvorstand melden, wenn sie für den Gründungsparteitag in Hamburg im Rahmen der Hamburger Vereinbarung Delegiertenmandate beanspruchen.
- sich alle **Mitglieder**, die bis jetzt nicht Mitglied in einem **Bezirksverband** sind, einem der sieben Hamburger Bezirksverbände (Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek, Harburg, Bergedorf) zuordnen, oder sie werden ansonsten der Gliederung ihres Wohnortes zugeordnet.

Nach der Urabstimmung finden am **16. Juni 2007 in Berlin** zum letzten Mal parallele **Bundesparteitage der beiden Parteien** statt, und am **17. Juni 2007, ebenfalls in Berlin**, findet dann der **Gründungsparteitag** der neuen Partei, die voraussichtlich, DIE LINKE. heißen wird, statt.

Für den Zeitraum vom **17. Juni bis zum 8. Juli** soll in allen Bezirken aus Anlass der Parteineubildung eine **Mitgliedergewinnungskampagne** stattfinden, die zur Zeit vom Landesarbeitsausschuss der Linkspartei und dem Landesvorstand der WASG vorbereitet wird.

Im **Zeitraum vom 19. Juni bis zum 3. Juli** finden in allen **Bezirken Mitgliederversammlungen** zur Gründung der neuen Partei statt. Auf ihnen werden die ersten Bezirksvorstände sowie die Delegierten für den Gründungsparteitag gewählt.

Im **Jugendverband** sowie in den **Zusammenschlüssen**, die Delegierte für den Gründungsparteitag entsenden, finden im gleichen Zeitraum ebenso **Mitgliederversammlungen zur Wahl von Delegierten für den Gründungsparteitag** statt.

Der **Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE, Landesverband Hamburg** findet am **Samstag, den 7. Juli 2007, und am Sonntag, den 8. Juli 2007**, im Bürgerhaus Willhelmsburg statt. 112 der insgesamt 128 Delegierten (bei ca. 850 Mitgliedern zum 31.12.2006) werden auf den Bezirksmitgliederversammlungen gewählt, 12 auf den Mitgliederversammlungen von AGen, IGen und Plattformen, 4 vom Jugendverband.

Vereinbarung zum Ablauf der Parteineubildung auf Landes- und Bezirksebene der Linkspartei.PDS Landesverband Hamburg und der WASG Hamburg

I.

(1) Der Vertrag dient dazu, den Parteineubildungsprozess auf Landes- und Bezirksebene im Zusammenwirken von Linkspartei.PDS Hamburg und WASG Hamburg gemeinsam vorzubereiten und umzusetzen. Das Ziel besteht in der Konstituierung des Landesverbandes und von Bezirksverbänden der Partei DIE LINKE.Hamburg sowie der Wahl von Leitungsgremien, in denen Mitglieder aus beiden ehemaligen Parteien in angemessener Weise vertreten sind.

(2) Die Organisationsstrukturen beider Parteien sind auf Landes- und Bezirksebene weitgehend identisch. Dies sollte dem gemeinsamen Anliegen, die Parteineubildung auf allen Ebenen in enger Gemeinsamkeit fair zu gestalten sehr entgegenkommen.

(3) Grundlagen der Parteineubildung sind auch auf der Landes- und Bezirksebene

- die Kooperationsabkommen I. bis III. aus dem Jahr 2005,
- die Gründungsdokumente der neuen Partei,
- der Verschmelzungsvertrag.

Bemessungsgrundlage ist die Zahl der Mitglieder von Linkspartei.PDS Hamburg und WASG Hamburg per 31. Dezember 2006 (Anlage 1, Mitgliederzahl Gesamt und nach Bezirken).

Weitere Grundlage ist das Papier „Für eine Neue Linke in Hamburg“ (Beschluss der Landesversammlung der Linkspartei.PDS in HH am 17.09.2006, Beschluss des 3. Parteitag der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) am 23.09.2006)

II.

In diesem Sinne vereinbaren die Landesvorstände von Linkspartei.PDS Hamburg und WASG Hamburg verbindlich:

(1) **den Rücktritt beider Landesvorstände sowie der Vorstände aller nachgeordneten Gebietsverbände zum 16. Juni 2007¹. Die zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung amtierenden Vorstände verpflichten sich, zu den Mitgliederversammlungen bzw. zum Landesparteitag fristgerecht und ordnungsgemäß einzuladen.**

(2) **die Bildung eines vorläufigen Landesvorstandes** der Partei DIE LINKE.Hamburg **bis zum 7.3.07**, dem je-

weils drei Mitglieder des Landesarbeitsausschusses der ehemaligen Linkspartei.PDS Hamburg und des Landesvorstandes der ehemaligen WASG Hamburg angehören.

Der **vorläufige Landesvorstand** besteht somit aus **sechs Mitgliedern**, die paritätisch von den beiden Parteien besetzt werden; inklusive den Schatzmeistern der beiden Parteien. Die Schatzmeister sind für die finanziellen Angelegenheiten verantwortlich und nach Geschäftsführungsbeschluss zusammen mit anderen benannten Verantwortlichen zeichnungsberechtigt. Einer der beiden Finanzverantwortlichen vertritt die Partei verbindlich nach außen als Schatzmeister. Beim vorläufigen Landesvorstand ist eine 50%ige Mindestquote für Frauen anzuwenden..

Alle Mitglieder des vorläufigen Landesvorstandes sind ehrenamtlich tätig. Die drei Mitglieder aus dem Vorstand der WASG werden von dessen Landesvorstand, die drei Mitglieder aus dem Landesarbeitsausschuss der Linkspartei.PDS werden von diesem benannt und in einer gesonderten Liste namentlich unter Nennung der Funktion zwischen den Vorständen vereinbart. Die Liste ist Bestandteil dieses Vertrages. Die Amtszeit des vorläufigen Landesvorstandes beginnt mit dem Rücktritt der bisherigen Landesvorstände und endet mit der Wahl des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Hamburg.

(3) **die Bezirksstruktur der Partei DIE LINKE.Hamburg:**

Die Bezirke werden, entsprechend den Grenzen der Bezirke der Hamburger Verwaltung gebildet. Verbindlich ist die am 01.01.2008 in Kraft tretende neue Bezirksstruktur. Verändern sich die Verwaltungsgrenzen, verändern sich die Parteibeirke in gleicher Weise.

(4) **Die Bildung vorläufiger Bezirksvorstände** der Partei DIE LINKE. Hamburg aus Mitgliedern der Bezirksvorstände der ehemaligen Linkspartei.PDS Hamburg und der ehemaligen WASG Hamburg erfolgt bis zum 16.3.07.

Jeder der Bezirksvorstände soll aus mindestens 6 Mitgliedern, die paritätisch von den beiden Parteien aus den Reihen der bisherigen Bezirksvorständen

de besetzt werden, bestehen. Von diesen sechs Personen sind zwei für finanzielle Angelegenheiten vorzuschlagen, welche die bisherigen SchatzmeisterInnen der beiden Parteien sind. Es ist darauf zu achten, dass eine 50%ige Mindestquotierung für Frauen eingehalten wird.

Alle Mitglieder des vorläufigen Bezirksvorstandes sind ehrenamtlich tätig. Sie werden von den Bezirksvorständen der beiden Parteien unter Nennung der vorgesehenen Funktion vorgeschlagen und in einer gesonderten Liste namentlich unter Nennung der Funktion zwischen den Vorständen vereinbart und den Landesvorständen der beiden Parteien vorgelegt, die sie endgültig be-



schließen. Können sich die Bezirksvorstände der beiden Parteien bis zum vereinbarten Termin nicht einigen, treffen die beiden Landesvorstände eine verbindliche und endgültige Regelung. Die Listen der Mitglieder der vorläufigen Bezirksvorstände und ihre Funktionen sind Bestandteil dieses Vertrages. Die Amtszeit der vorläufigen Bezirksvorstände beginnt mit dem Rücktritt der ehemaligen Bezirksvorstände von Linkspartei.PDS Hamburg und WASG Hamburg und endet mit der Wahl des Bezirksvorstandes der Partei *DIE LINKE.Hamburg*.

(5) den Delegiertenschlüssel für den ersten Landesparteitag:

Die Zahl der Delegierten beträgt 15% der Mitgliedergröße von Linkspartei.PDS und WASG zum 31.12.2006 aufgerundet auf die nächstgrößere ganzzahlige gerade Zahl. Die Gesamtgröße beträgt damit voraussichtlich 128 Delegierte. Von diesen Delegiertenmandaten werden

- mindestens **87%** aufgerundet auf den nächstgrößeren geraden Wert (voraussichtlich 112) auf den **Mitgliederversammlungen der Gliederungen** (Bezirksverbände) der Partei DIE LINKE, Landesverband Hamburg,
- mindestens **8%** aufgerundet auf den nächstgrößeren geraden Wert (voraussichtlich 12) **von den Zusammenschlüssen** (AGen und Plattformen der Linkspartei bzw. LAGs der

WASG, die zum 31.12.2006 bestanden haben) und

- die **restlichen Mandate, mindestens jedoch 4** von der **Mitgliederversammlung des Jugendverbandes** gewählt.

Die Delegiertenmandate der Gliederungen werden anhand der Mitgliederzahlen in den Bezirken nach dem paarweisen Divisorenverfahren nach Adams auf die Bezirke verteilt. Nicht zugeordnete Mitglieder, die innerhalb der Grenzen der Freien und Hansestadt Hamburg wohnen, werden - sofern sie nichts anderes erklären - dem Bezirksverband ihres Wohnortes im Sinne dieser Vereinbarung zugeordnet. Nicht zugeordnete Mitglieder, die

außerhalb Hamburgs wohnen, werden bis zum 31.03.2006) schriftlich aufgefordert, sich spätestens bis zum 15.06.2007 einem der zukünftigen Bezirksverbände zuzuordnen.

Die Delegiertenmandate der Zusammenschlüsse werden im einfachen Divisorenverfahren nach Adams auf diejenigen Zusammenschlüsse verteilt, die beim Landesvorstand der WASG (Zusammenschlüsse, in denen nur Mitglieder der WASG mitarbeiten), beim Landesarbeitsausschuß der Linkspartei.PDS (Zusammenschlüsse, in denen nur Mitglieder der Linkspartei mitarbeiten) oder beim Landesvorstand der WASG und beim Landesarbeitsausschuß der Linkspartei.PDS (Zusammenschlüsse in denen Mitglieder der WASG und der Linkspartei.PDS mitarbeiten) bis zum 01.Juni 2007

- angezeigt haben, dass sie Delegiertenmandate auf dem Gründungsparteitag beanspruchen und
- eine Liste der aktiven Mitglieder, die mindestens 3 Mitglieder enthalten muss, einreichen.

Sollten mehr Zusammenschlüsse dies tun, werden bei der Berechnung die Zusammenschlüsse berücksichtigt, die die größte Mitgliederanzahl nachweisen können. Sollte mehr als ein Zusammenschluss an der letzten Stelle der Rangfolge nach Mitgliedergröße, die maximal laut diesem Vertrag berücksichtigt wird, liegen, werden entsprechend Überhangmandate für den Parteitag vergeben, so dass alle Zusammenschlüsse an der letzten Stelle die maximal laut diesem Vertrag berücksichtigt wird, in die Berechnung zur Vergabe der Mandate berücksichtigt werden können.

Diese entscheidenden Zusammenschlüsse bzw. LAGs wählen ihre Parteitagsmandate auf Mitgliederversammlungen zwischen dem 17. Juni und dem 3. Juli 2007, deren Ort, Zeit

Norman Paech, bis zu seinem Austritt in 2001 SPD-Mitglied und seit 2005 parteiloser Bundestagsabgeordnete in der Fraktion DIE LINKE erklärte anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung:

„Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich eine geeinte Linke in Hamburg in die Politik einmischet. Und das ist bitter notwendig. Viele Menschen verstehen die Beschlüsse in Bürgerschaft und Senat nicht mehr. Die Angst vor Massenentlassungen bei Airbus und Telekom wird durch Privatisierungsbestrebungen noch verstärkt. In keiner Stadt gibt es eine so große Gerechtigkeitslücke wie in Hamburg. Und sie droht noch größer zu werden. Denn in den Händen der etablierten Parteien, auch der SPD, der ich mehr als zwei Jahrzehnte angehörte, ist die Sorge ums Gemeinwohl zur bloßen Symbolpolitik, zum Showbusiness verkommen.

Ich freue mich sehr, dass die Linke in Hamburg eine starke gemeinsame Partei bilden wird, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wieder voranzubringen. Um selbst weiter dazu beizutragen, werde ich direkt am 16. Juni der LINKEN beitreten.“

und Tagesordnung allen Mitgliedern der bei den Parteien 14 Tage im Voraus bekannt gemacht werden muss.

Die Delegierten des Jugendverbandes werden auf dessen Mitgliederversammlung nach dessen Gründungskonferenz nach dessen Regelungen für Delegiertenwahlen gewählt.

Die Mandate der Gliederungen für den Gründungsparteitag werden wie folgt aufgeteilt werden: 80% der Mandate werden entsprechend der Mitgliederzahl (Stand 31.12.06) auf die Mitglieder der ehemaligen Parteien Linkspartei.PDS, Hamburg und WASG Hamburg aufgeteilt (berechnet paarweise nach Adams) Für 20% der Mandate sollen sich alle Mitglieder, auch die, die nach der Vereinigung der beiden Parteien eingetreten sind und somit keinem der Kontingente der beiden ehemaligen Parteien zuzuordnen sind, zur Wahl bewerben können.

Die Aufteilung der Delegierten auf die Bezirke erfolgt paarweise nach dem Divisionsverfahren von Adams. Die Frauenquote entspricht den Regelungen der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Die Zusammenschlüsse wählen nach der vorliegenden Rahmenwahlordnung und der Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Sie werden gebeten - nach Möglichkeit -, eine Quotierung anhand der Herkunftsparteien, WASG und Linkspartei.PDS, zu berücksichtigen.

Der Jugendverband wird gebeten, nach Möglichkeit die Geschlechterquotierung (mindestens 50% Frauen) und eine Quotierung anhand der Herkunftsparteien, WASG und Linkspartei.PDS, zu berücksichtigen.

Die Delegiertenwahlen für den ersten ordentlichen Landesparteitag der Partei DIE LINKE.Hamburg finden nach dem 18. Juni 2007 statt, **spätestens jedoch bis zum 3.7.2007.**

(6) die Zusammensetzung der künftigen Bezirksvorstände:

Die Zusammensetzung der Bezirksvorstände soll dem jeweiligen Mitgliederanteil im Bezirk der beiden Parteien am 31.12.06 entsprechen. Der Frauenanteil im ersten ordentlichen Bezirksvorstand soll mindestens 50% betragen.

(7) Die vorläufigen Bezirksvorstände sind ab dem 17. Juni 2007 im Amt und haben folgende Aufgaben:

– die **fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung zu den Bezirksmitgliederversammlungen** in der Zeit zwischen dem **19. Juni 2007 und dem 3. Juli 2007** zu bestätigen sowie die Versammlungen vorzubereiten und durchzuführen;

– aktuell die Geschäfte des Bezirksverbandes der Partei *DIE LINKE*. zu führen.

(8) Der vorläufige Landesvorstand ist ab dem 17. Juni 2007 im Amt und hat folgende Aufgaben:

– einen **Landesparteitag (nach dem Delegiertenprinzip)** der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg* für den **7. und 8. Juli 2007** einzuberufen, vorzubereiten und durchzuführen;

– aktuell die Geschäfte des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg* zu führen.

(9) Die Bezirksmitgliederversammlungen haben mindestens folgende vorläufige Tagesordnungspunkte:

– Beschluss über die Bildung des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE.

– Wahl des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE

– Wahl der Delegierten zum Landesparteitag der Partei DIE LINKE.

(10) Der Landesparteitag hat mindestens folgende vorläufige Tagesordnungspunkte:

– Beschluss über die Satzung des Landesverbandes der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg*

– Wahl des Landesvorstandes der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg*

– Wahl der Landesschiedskommission der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg*

– Wahl der Landesfinanzrevisionskommission der Partei *DIE LINKE Landesverband Hamburg*

– Beschluss über die Gliederung des Landesverbandes in Bezirksverbände

– Beschluss über die Gliederung des Landesverbandes in Delegiertenwahlkreise für den Bundesparteitag, soweit notwendig

(11) Bei der Wahl des ersten Landesvorstandes sind die KandidatInnen hinsichtlich der Herkunftspartei so zu berücksichtigen, dass die Zusammensetzung des Landesvorstandes annähernd dem jeweiligen Mitgliederanteil am 31.12.06 entspricht.

40% der Mitglieder sollen aus der Linkspartei.PDS, 40% aus der WASG stammen. Für 20% der Mandate sollen sich alle Mitglieder, auch die, die nach der Vereinigung der beiden Parteien eingetreten und somit keinem der Kontingente der beiden ehemaligen Parteien zuzuordnen sind, zur Wahl bewerben können.

Die 50%ige Frauenquote gemäß der dann gültigen Bundessatzung ist einzuhalten.

III.

(1) Die vorgenannten Vereinbarungen sind dem Parteivorstand der Linkspartei.PDS und dem Bundesvorstand der WASG bis zum 21. März 2007 zu übermitteln.

(2) Der vorläufige Landesvorstand der Partei *DIE LINKE.Hamburg* erkennt auf seiner 1. Sitzung - nach dem 16. Juni 2007 - die Zusammensetzung und die Aufgabenstellung der vorläufigen Bezirksvorstände an.

Hamburg, den 01.03.2007

Linkspartei.PDS Hamburg
Für den Landesarbeitsausschuss
Geschäftsführender Landesarbeitsausschuss

WASG Hamburg
Für den Landesvorstand
Geschäftsführender Vorstand

Benannt für den vorläufigen Landesvorstand:

Kay Beiderwieden (Linkspartei.PDS, Schatzmeister)

Christine Detamble-Voss (Linkspartei.PDS)

Herbert Schulz (Linkspartei.PDS)

Dora Heyenn (WASG)

Zaman Masudi (WASG)

Wolf von Matzenau (WASG)

¹ Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Beschlüsse der Bundesparteitage vom 24. und 25. März 2007 sowie der darauf folgenden Urabstimmungen in beiden Parteien.

Die 5 wichtigsten Aufgaben

für die Bezirke im 1. Halbjahr 2007 im Rahmen des Parteibildungsprozesses und in Vorbereitung der Wahlen 2008

1. Parteibildung vorbereiten

• Übergangsvorstand aus den Vorständen heraus (paritätisch 6, davon mindestens 2 Frauen) bis zum 16.03.2007 benennen.

• Gründungsmitgliederversammlung vorbereiten und einberufen im Zeitraum vom 19. Juni bis zum 3. Juli mit einer 14-tägigen Einladungsfrist

• Haupttagesordnungspunkte Gründungsversammlungen:

– Beschluss Bildung des Bezirksverbandes

– Wahl Bezirksvorstand

– Wahl Landesparteitagsdelegierte

2. Parteibildung für Mitglieder-gewinnung- und -aktivierung nutzen

- Bestandsaufnahme Mitglieder (aktive und passive)
- Aktivierung Mitglieder, SympathisantInnen ansprechen mit dem Ziel des Parteieintritts
- Werbung neuer Mitglieder (Landesvorstände bereiten für Anfang Juni - nach erfolgreicher Urabstimmung - Material für Mitgliedergewinnungskampagne vor)

3. BündnispartnerInnen gewinnen

- Kontaktpflege, -intensivierung oder ggf. -aufnahme mit potenziellen BündnispartnerInnen vor Ort (Stadtteilinitiativen, Beschäftigte, Bürgerinitiativen, MigrantInnengruppen, soziale Bewegungen, Jugendorganisationen, Sportvereine etc.)
- Dazu gehört auch die Ansprache von Persönlichkeiten, die entweder einen hohen Bekanntheitsgrad haben oder MultiplikatorInnen sind / werden können.

4. In den Regionen / Wahlkreisen Strukturen aufbauen

- Bezirksverbände können und sollten Regionalgruppen unter Beachtung der Wahlkreisgrenzen zur Bürgererschaftswahl bilden.
 - Erste Zusammenkünfte unter Einbeziehung von SympathisantInnen und möglichen BündnispartnerInnen organisieren (Zielstellung Termin: **bis Ende März**)
- Kommunale Inhalte sammeln und herausarbeiten.
- Bestandsaufnahme von möglichen KandidatInnen.

5. kommunale Inhalte Forderungen herausarbeiten

- Bezirksebene sammelt und koordiniert die Ergebnisse aus den Wahlkreisen.
- Erste Eckpunkte für ein Bezirkswahlprogramm (Die Sommerferien sind die beste Zeit um in Ruhe einen vernünftigen und durchdachten Entwurf für ein Kommunalwahlprogramm zu schreiben. Die sind aber schon im 2. Halbjahr ;-))

Dora Heyenn, Martin Wittmaack

Beschluss der Landesmitgliederversammlung der Linkspartei.PDS vom 23.2.07

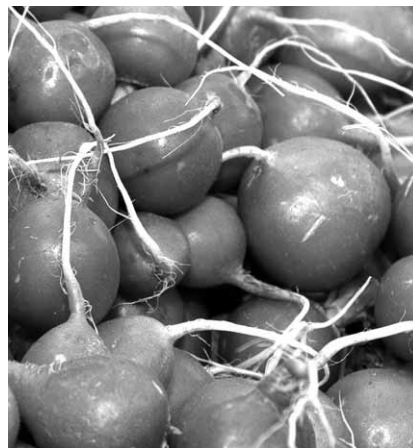
Die Linkspartei.PDS, Landesverband Hamburg, gliedert sich im Rahmen der Parteieubildung zum 17. Juni 2007 vorbehaltlich der Bestätigung der

Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. in der Urabstimmung vom 30. März 2007 bis zum 18. Mai 2007 in Bezirksverbände, die den Kreisverbänden gemäß Entwurf des Statuts der Partei DIE LINKE vom 21.12.2006 entsprechen.

Die Grenzen dieser Bezirksverbände entsprechen den ab 2008 gültigen Grenzen der Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg.

Mitglieder, die sich bis jetzt keinem der Bezirksverbände zugeordnet haben, werden nach Ende der Urabstimmung angeschrieben und gebeten, sich bis zum 15. Juni schriftlich einem der künftigen Bezirksverbände zuzuordnen.

Diejenigen Mitglieder, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht selbst zugeordnet haben, werden mit dem Gründungsparierteitag dem Kreisverband bzw. Bezirksverband ihres Wohnortes zugeordnet.



Das große „Muss“ oder Wer hat wirklich Freude an der Parteibildung?

*„Sinnend geh ich durch den Garten
unsrer deutschen Politik;
Suppenkohl in allen Arten
im Kompost der Republik.
Bonzen, Brillen, Gehberockte,
Parlamentsroutinedreh ...
Ja, und hier-? Die ganz verbockte
liebe gute SPD.
Hermann Müller, Hilferlieschen
blühn so harmlos, doof und leis
wie bescheidene Radieschen:
außen rot und innen weiß.“
Kurt Tucholsky, „Feldfrüchte“, 1926.*

Die Flucht (nach vorn. Wohin? Einen Treppenabsatz tiefer.) von Gerhard

Schröder hat uns vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag und die große Koalition beschert. (Linkes war geflissentlich zu verhindern.)

Ein weiteres Ergebnis dieser sprunghaften Machttaktik ist die Parteibildung, das Zusammenbringen von PDS und WASG. Der ganze Vorgang, der eher hinter dem Rücken der Akteure, d.h. außerhalb kritischen und historischen Bewusstseins, vonstatten geht, ist in der Hauptsache ein Ergebnis eingeschränkter sozialdemokratischer Politik, zumal die Hauptinitiative und Richtung für die Konstituierung der WASG von enttäuschten Spezialdemokraten ausgeht – außen rot und innen weiß.

Dieser Zusammenhang erklärt auch das erbarmungslose Von-oben-herab („top down“) des ganzen Prozesses.

Zu dem Geschacher gehört dann ebenso das strikt Bürokratische des gesamten Vorgehens sowie die weitgehende Entsagung (in der) gesellschaftspolitischen Intervention – vorrangig in der Friedenspolitik, im Antifaschismus und der angemessenen Entgegnung zunehmender Kapitaldeinstigkeit. Dem entspricht gleichfalls die Fixierung auf Parlamente, Wahlen und intern die Konstituierung provinzieller Strukturen (= Kaffee kochen).

Die Katze ist gänzlich aus dem Sack, wenn Oskar Lafontaine (Vorsitzender in spe) in einem Interview erklärt, die „Linke“ sei programmatisch so, wie die SPD 1998 gewesen sei. Also: Sozialstaat, Parlamentswahlen und ein regulierter Militarismus.

(Das heißt alles nicht, dass es nicht auch sehr veritable Linke in der WASG gibt und dass die Realpolitiker in der PDS unkritisch zu vernachlässigen wären.)

Diese Chose ist mithin kein Hort reiner Freude.

Was ist demnach zu tun?

Da die Parteibildung als ein unaufhaltsames Tun vonstatten geht, müssen erst einmal alle Beteiligten durch diesen Prozess hindurch.

In nächster Zukunft verlangt die gesellschaftliche Widerspruchsentwicklung allerdings erheblich mehr an kritischer Substanz einer linken Partei. Diese muss gebildet werden in der Programmatik, der innerparteilichen Demokratie und der initiierenden Beteiligung an außerparlamentarischen Bewegungen.

Frieden, sozialer Fortschritt und die Emanzipation des Menschen (nicht zuletzt von der Ausbeutung) kommen nicht von allein.

Außen rot und innen rot.

Olaf Walther, AG Studierendenpolitik



„Die Zeichnung überlebt ...“

Bildzeugnisse von Häftlingen des KZ Neuengamme

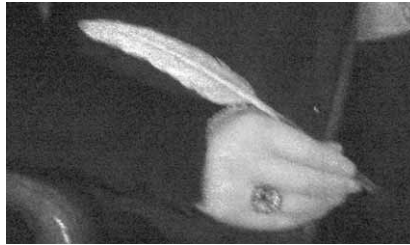
Vom 11. Januar 2007 bis zum 11. Februar 2007 fand eine Ausstellung im Hamburger Rathaus, Raum B, statt. Zur Ausstellungseröffnung wurden die ehemaligen KZ-Häftlinge Ágnes Lukács, Carl Adolf Sørensen und Eric Preben Tanne eingeladen. Sie sind die einzigen noch lebenden Künstler (zwischen 81 und 87 Jahren), deren Bildzeugnisse in dem Buch "Die Zeichnung überlebt ..." abgebildet sind. Sie stellen eine zentrale Quelle für die Aufarbeitung der Geschichte des KZ Neuengamme dar.



Eng beieinander

Mit Umfassen und Wärmen versucht sich eine Gruppe eng aneinander gedrängter Frauen zu trösten. Ihre verschieden gemusterten Kittel bilden ein dekoratives buntes Knäuel, anrührend die kahlen Köpfe, die mageren, mädchenhaft wirkenden Körper und die dünnen Beine in nicht passenden Riesenschuhen oder -schlappen. Das Motiv war Ágnes Lukács so wichtig, dass sie es auch später immer wieder aufgriff und neu gestaltete.

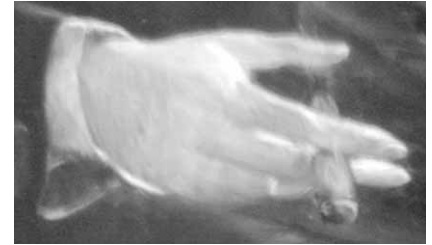
1945/46 - 29,8 cm x 21,2 cm, Feder
Reproduktion aus der Mappe "Auschwitz: Női Tábor", S. 5, ANg



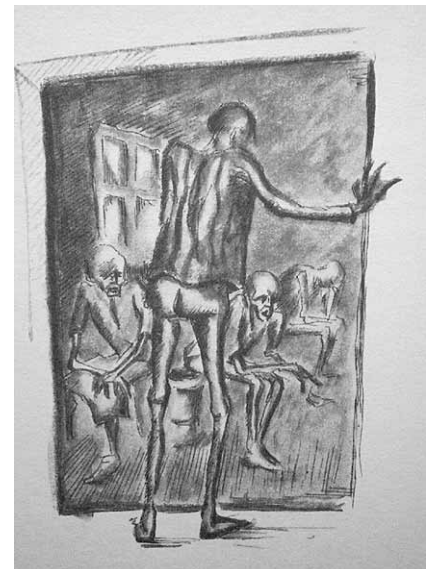
Ágnes Lukács hat 1944 an der Budapester Kunstakademie ihr Studium als Zeichenlehrerin und Kunsterzieherin abgeschlossen. Kurz darauf wird sie nach Auschwitz deportiert. Sie kommt in verschiedene Konzentrationslager, u. a. auch in ein Außenlager von Neuengamme. Während ihrer Haft hat sie immer wieder gezeichnet: die Selektion in Auschwitz, die Quälerei der Häftlinge, den unbeschreiblichen Alltag im Konzentrationslager. Die Kunst der ungarischen Jüdin wurde hier Zeugnis oder Anklage. Sie wurde ein Spiegel dessen, was Menschen erleiden mussten, aber auch ein Zeugnis der Selbstbehauptung unter den entwürdigenden Umständen im KZ. Als Funktionshäftling hat sie 1946 im Auschwitzer Frauenlager in der Schreibstube gearbeitet. Sie musste für die SS-Funktionäre an Geburtstagen Tisch- und Einladungskarten schreiben bzw. zeichnen.

In der Ausstellung wurden ausschließlich Zeichnungen aus dem Konzentrationslager Neuengamme oder seinen Außenlagern gezeigt, die von Häftlingen aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, der Sowjetunion und Ungarn stammen. Das Zitat „Die Zeichnung überlebt ...“ stammt von dem dänischen Zeichner und Überlebenden des KZ Neuengamme Per Ulrich.

Während der Veranstaltung wurde deutlich, dass es schwer ist, das Grauen aus den Konzentrationslagern fest-



zuhalten. „Geschichte kann man nicht nacherleben“, wie ein ehemaliger KZ-Häftling auf dem Podium erklärte. Niemand kann sich vorstellen, was es heißt, den Gerüchen und dem ständigen Gestank von Fäulnis, Tod und Ausscheidungen ausgesetzt zu sein. Dies ist in Büchern und Erzählungen nicht vermittelbar. Es ist schier unerträglich und kaum nachvollziehbar, was es heißt, tage-, wochen- und monatelang Kälte und Hunger zu spüren, nur eine dünne Rübensuppe und ein Stück hartes Brot zu essen zu bekommen. Man wird von Magenkrämpfen geschüttelt und erkrankt an Durchfall. Kann man vermitteln, was es bedeutet, mit noch zwei oder drei Mitgefangenen auf einer verlausten und stinkenden Strohmattze zu liegen? Wie kann man darstellen, was es heißt, in ständiger Angst zu leben, den prügelnden und brüllenden SS-Schergen ausgesetzt zu sein und womöglich der nächste auf der Liste der Mörder zu



Ein Häftling ohne Hose wartet an der offenen Tür zur Toilette, die besetzt ist. Die Durchfallerkrankung traf alle, eine Privatsphäre war nicht vorgesehen. Entsprechend typisiert sind die Männer gezeichnet. Der Häftling in der Tür ist bis aufs Skelett abgemagert. Ein Knochengerüst in Rückenansicht.

Vor 1946, Format unbekannt, Kohle und Tusche, Thygesen (1946), S. 93



gen anfertigen. Nur Funktionshäftlinge, die so genannten Capos oder Schreiber der Schreibstuben, erhielten Zeichenstift und Papier, denn sie wurden weniger kontrolliert. Trotzdem mussten die Künstler viele Tricks anwenden, damit die Zeichnungen „überleben“. Die Häftlinge der Tischlerwerkstatt haben beispielsweise die Zeichenblocks unter Brettern versteckt. Funktionshäftlinge, die vorher für einen bestimmten Dienst (beispielsweise Auftragsarbeiten der SS-



Der Däne Adolf Sørensen berichtete, dass er die Erlebnisse aus der Haft in seinem „befreiten“ Leben mitgenommen hat. Die Albträume ließen ihn nicht schlafen und haben ihn über Jahre belastet. Auf Anregung seines Enkels, der als Bildhauer arbeitet, hat er sich später seinen Erlebnissen angenähert und zu zeichnen begonnen. Er konnte sich vorher „mit dem Thema nicht auseinandersetzen,“ wie er sagt. Durch das Zeichnen hat er das Erlebte zum Teil verarbeitet. Es war wie eine Befreiung – eine späte, im doppelten Sinne: Die physische Befreiung lag Jahre zurück. Die psychische Befreiung hat Jahrzehnte gedauert. Von 1979 bis 1984 hat Sørensen die Kunstakademie besucht.



Zwei Häftlinge liegen in einem Bett, einer schaut die Betrachtenden müde und abschätzend an. Der Nebenmann scheint sterbend oder schon gestorben, während der Vordere den knochigen Arm wegen der Enge über den Kopf zurückgelegt hat. Tote lagen oft lange in ihren Betten, damit die Nachbarn ihre Brotration erhielten. Harry Bugge Horgen verweist mit dieser Szene auf die große Zahl der Umgekommenen. Ab Herbst 1944 entwickelte sich das Hauptlager in Neuengamme immer mehr zu einem Sterbelager für die stark ansteigende Zahl der Häftlinge, die arbeitsunfähig aus den Außenlagern zurückgebracht wurden. Schwerkranke, Sterbende und Tote lagen ohne Pflege in „Schonungsblocks“, oft drei oder mehr dicht gedrängt neben- und übereinander in einer Bettstelle.

Vor 1946, Format unbekannt, Kohle und Tusche, Thygesen (1946), S. 147

1944 wurde wurde Eric Preben Tanne (19-jährig) in Kopenhagen von der Gestapo abgeholt. Als Autodidakt hat er seine Erlebnisse aus dem KZ-Neuengamme festgehalten, in dem er von Oktober 1944 bis Mai 1945 als politischer Häftling inhaftiert war. Seine Erfahrungen aus der Haftzeit, die täglichen Misshandlungen der Capos, zeichnete er erst nach dem Krieg auf. Er ist, wie er selbst sagt, ein "Sonntagskünstler", der keine Kunstakademie besucht hat. Eric Tanne lebt jetzt in Kopenhagen.

stehen? Den Misshandlungen und Exekutionen von Mithäftlingen und Kamaraden auf dem Apellplatz zur Abschreckung beiwohnen zu müssen?

Viele von ihnen haben versucht, die Schrecken darzustellen – auch um zu überleben und unter ständiger Gefahr, entdeckt zu werden. Die Zeichnungen entstanden, um Zeugnis abzulegen von einer Welt, die kaum noch wirklich war, aber dennoch existierte. Und zwar als Kontrast viel „normaler“, als man vermuten mag. **Denn kulturelle Errungenschaften zählten genauso zum Lageralltag wie Herrschaftsstrukturen, die in jedem Staat (außerhalb des Mikrokosmos KZ) mehr oder minder stark ausgeprägt sind.** Sogar in der Hölle vergisst der Mensch seine kulturellen Wurzeln nicht!

Unter normalen Bedingungen konnten die Deportierten keine Zeichnungen

Garde an die Modellierwerkstatt) auserkoren wurden, hatten mehr Privilegien. So gab es soziale Schichtungen und perfide Herrschaftssysteme, die teilweise das Überleben mancher KZ-Insassen sicherte. Es herrschte ein Oben und Unten: eine Klassengesellschaft in Reinkultur.

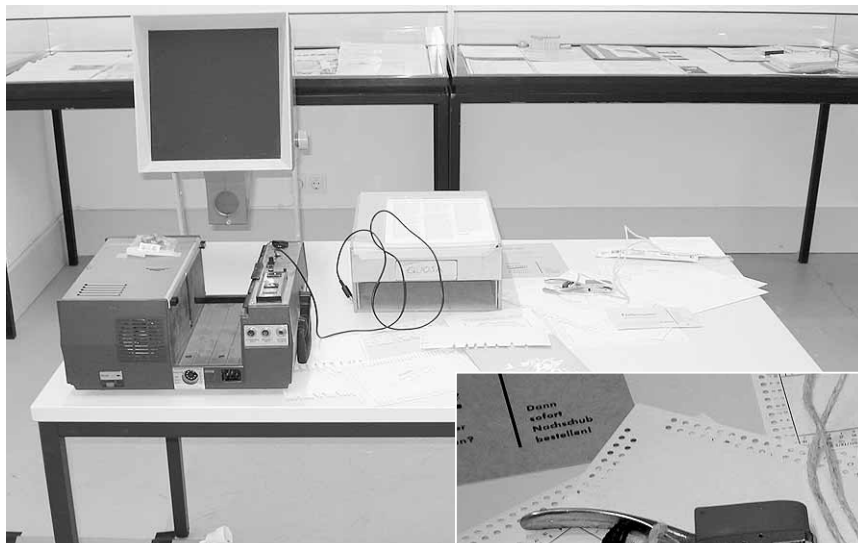
Das Lagerleben hatte verschiedene Wirklichkeiten. Es wurden bunte Abende und Liederabende veranstaltet: es wurde ein Zoo gehalten, ein Rosengarten gestaltet sowie eine Gärtnerei mit Gemüse und Blumen angelegt. Sogar für Sport wurde gesorgt: Fußball und Boxen schafften Ausgleich zum "harten" Lageralltag. In dieser unwirklichen und gleichzeitig grausamen Realität versuchte man ein kulturelles Erbe hinüber zu retten. Auf beiden Seiten.

Worte und Zeichnungen überlebten, das Grauen der Konzentrationslager – sie wirken fort.

Text, Fotos und Layout: Astrid Dahaba, AG Kulturpolitik

Common Sense und Kunst

Schon der Titel des vorliegenden Textes ‚Common Sense und Kunst‘ deutet unsere Gedanken über Kunst an:



Kunst ist zwischen diversen Personen ästhetischer Erfahrungsaustausch, Lebensformen werden einander angesonnen und wechselseitige Anerkennungen gewünscht.

Unter *common sense* wird das ver-



standen, was man ganz selbstverständlich schon aus Gewohnheit tut, redet, denkt oder empfindet. Es ist die veränderliche, vage Basis unseres Zusammenlebens. Ist man im Gespräch, lässt sich beim anderen und sich selbst nicht selten beobachten, dass es zwei gibt, den öffentlichen und den offiziellen *common sense*.

Antje: Unter dem Dach des *common sense* ringen zwei miteinander:

die ‚herrschende Meinung‘ und der ‚gesunde Menschenverstand‘. Hinter der herrschenden Meinung stehen Machtinteressen, Geld, Zulieferer unterschiedlichster Disziplinen, die mit Überredungskraft, wissenschaftlichen Beweisen, Tricks und Gewalt den gesunden Menschenverstand zu vernebeln und zu verformen suchen.

Kurd: Dieser entwickelt sich im Austausch in vertrauten Gruppen oder vertraulichen Situationen. Selbst abhängig von der herrschenden Meinung - der Meinung der Herrschenden - beruht er auf persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen und Ge-

fühlbar und ist darum letztlich nie einholbar. Auch nach dem überzeugendsten Manipuliertsein oder Überzeugtwordensein hat man wieder Gefühle, Wahrnehmungen und Erinnerungen, als beginnenden Mangel.

Antje: Aus diesem Grund ist jeder Ansatz, den Sozialsinn zu beleben und zu stärken, wichtig.

Kurd: Ich begreife den Sozialsinn als einen gleichen wie die sprichwörtlichen „fünf Sinne“, der - in diesem Fall im Umgang mit anderen Personen - wahrnimmt und im Ansinnen der eigenen Lebensformen Sozialität mitgestaltet.

Unser Verständnis der *Netzkunst* schließt an die Idee von Netz an, wie sie für zeitgenössisches Denken typisch ist, diese meint nicht allein das Internet, sondern auch soziale und andere Vernetzungen. Unsere ca. 24 Kunstaffären in der Bremer Kunsthalle ereigneten sich visävis oder im Internet.

Kurd: (Kunst-)Affären sind keine (Kunst-)Werke, die für andere Personen produziert werden, sondern Ereignisse, die sich unter Personen zugetragen - spontan oder angebahnt.

So brachte z.B. Heidi Salaverría in kleinen Schüsselchen unkenntlich zerschnipselte exotische Früchte mit, was diverses heiteres Raten auslöste, dem gegenseitiges Ansinnen von Geschmäckern folgte und respektieren-des Anerkennen.

Antje: Die herrschende Meinung wird mir oder Dir niemals sagen können, was für uns schön und wünschenswert ist. Das können nur wir selber herausbekommen. Wobei es bis zur Verwirklichung dieser Vorstellung noch ein weiter Weg ist, den wir nur durchhalten können, gestärkt durch gegenseitige Anerkennung.

Kurd Alsleben (AG Kulturpolitik) und Antje Eske

Fotos: Astrid Dahaba



Antje Eske, Peter Raacke und Kurd Alsleben

In der Kunsthalle Bremen ging eine Ausstellung über Netzaffären und Computerzeichnungen 1961 bis 2007 zu Ende. Künstler und Künstlerinnen Antje Eske, Kurd Alsleben und Freundinnen und Freunde zeigten die Entwicklung konversationeller Netzkunst. Da waren früheste künstlerische Computerzeichnungen zu sehen, Fotografien und Gegenstände aus den emanzipatorischen Bewegungen der 68er/70er Jahre, Gegenstände und Dateien aus der Hamburger Datenkunstbewegung der 80er Jahre und eine Videodokumentation des ‚il chat di urbino‘, der 1999 Netzkunst mit Kunstgeschichte verknüpfte. Ein über 5 Monitore springender Film ‚chat walk‘ umfasste den historischen Bogen mediens Gesprächen. Der Katalog besteht aus einer DVD mit Film und einer CD mit Bildern, Texten, Originalton Konrad Zuse, einem Depot früher künstlerischer HyperCard-Dateien u.a. Das künstlerische Ergebnis dieser 5 Jahrzehnte sind Netzkunstaffären. Ca. 24 wurden exemplarisch in der bremer Kunsthalle oder im Internet angezettelt.

Katalog: ‚Mutualité. Kurd Alsleben und Antje Eske. Von der Computerzeichnung zur Netzkunstaffaire 1961-2006. Kunsthalle Bremen, Am Wall 207, 28195 Bremen. Euro 10,-

Neuer Kapitalismus – alte Lohnarbeit ?

Gewerkschaftspolitische Konferenz der LINKEN am 13./14. April in Hamburg

Welche falschen Weichenstellungen gehen vom derzeitigen Kapitalismus aus? Dies wird mit Sicherheit Prof. Elmar Altvater aus Berlin umfassend darstellen. Ulla Lötze, r MdB die LINKE, wird untersuchen, wie diese Weichenstellungen im gegenwärtigen Kapitalismus sich auf die Arbeits- und Lebensbedingungen auswirken, damit also ganz massiv die Handlungsmöglichkeiten von Gewerkschaften und politischer Linke berühren.

Diese massiven Veränderungen machen sich auch in konkreten Konflikten bemerkbar, die auf der gemeinsamen Gewerkschaftspolitischen Konferenz der LINKEN in Foren erörtert werden.

„Betriebsräte – nur noch vom Finanzmarkt getrieben?“ Zu dieser Thematik wird nicht nur Prof. Jörg Hufschmid von der Uni Bremen seine Einschätzung geben. Johannes Müllerschön Betriebsratsvorsitzender in einem Betrieb des FIAT-Konzerns, wird dort ganz praktische Erfahrungen einbringen. Oliver Jonischkeit vom Linksblock im ÖGB wird darstellen, wie diese Debatte in einem Nachbarland geführt wird.

„Lohnpolitik – Dumping ohne Ende?“ Auch hier wird sichtbar, dass wir Auswirkungen des realen Kapitalismus auf die gewerkschaftlichen Handlungsfelder zumindest europaweit diskutieren müssen. Costas Isychos von Synapismos aus Griechenland wird darlegen, welch großes Problem die Prekarisierung im Süden Europas darstellt. Martin Künkler von den Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen wird untersuchen, welche Fragestellungen sich aus eben dieser Prekarisierung hierzulande ergeben. Rene Völkner, Betriebsratsvorsitzender aus dem Niedriglohnbereich, sowie Sabine Reiner von der ver.di-Wirtschaftsabteilung werden über Alternativen reden.

„Arbeitszeitverkürzung – nur eine Erinnerung an die Vergangenheit – oder brauchen wir eine gesetzliche Höchstarbeitszeit?“ lautet der Titel des dritten Forums. War die Arbeitszeitverlängerung bei VW in der BRD die Voraussetzung dafür, dass die Konzernleitung die Schließung des Werkes in Brüssel planen konnte? Nachdem die deutschen Gewerkschaften in den 80er Jahren die Tür zur 35-Stunden-Woche aufgestoßen hatten, stehen auf einmal die Franzosen mit der gesetz-

lichen 35-Stunden-Woche an der Spitze. Kommen sie sich da einsam vor? Wie kann europäische Solidarität in der Arbeitszeitfrage konkret wirksam werden? In der Zeit von Projektarbeit und Zielpjektion, wie kann da eine moderne gewerkschaftliche Einflussnahme zur Begrenzung der Arbeitszeit aussehen? Darüber reden u.a. Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender von VW Braunschweig, Jean-Luc Chagnolleau, Betriebsratsvorsitzender aus dem Hafen von Nantes, und Klaus Pickshaus, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall.

„Europäische Gewerkschaften – Generalstreik oder sozialer Dialog?“ Diesen Widerspruch und die Verschiedenheit der Handlungsmöglichkeiten in Europa debattieren Nuria Lozano-Montoya von der Gewerkschaftsfraktion der Vereinigten Linken Kataloniens (Alternative), Bernt Kamin-Seggewies Betriebsratsvorsitzender Gesamthafen Hamburg, sowie Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB.

Forum 5: „Berufsausbildung nur noch zu Dumpingpreisen?“ Hier werden nicht nur ParlamentarierInnen und hauptamtliche GewerkschafterInnen wie Gabi Zimmer, MdEP die LINKE, oder Ingo Schlüter, stellvertretender Landesvorsitzender des DGB-Nord, zu Wort kommen, sondern auch die betroffene Generation. Joachim Seifert, Auszubildender im Niedriglohnbereich, und Alex Sauer, Vorsitzender der JAV in einem großen Handelskonzern, werden die Fragestellungen der Jugend selbst formulieren.

Aber auch Positionierungen über spezielle Fragen hinaus sind zu erwarten. Schon am 13. April abends wird Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB-Nord, die Positionen des DGB zu Rente mit 67, Mindestlohn und Tarifrunde darlegen.

Zu Beginn des 2. Beratungstages werden Christine Buchholz vom WASG-Bundesvorstand zum G8-Gipfel sowie Werner Dreibus, Gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkenfraktion im Bundestag, zu den aktuellen sozialen Auseinandersetzungen Stellung nehmen.

Grundsätzliche Positionierungen sind auch vom Schlussplenum unter der Fragestellung „Politik und Gewerkschaft neue denken?“ zu erwarten. Mit dabei: Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft

NGG, Karin Antlanger, Vorsitzende des Linksblocks im ÖGB und Mitglied der KPÖ, sowie von den Parteivorständen der Linkspartei.PDS und der WASG Harald Werner und Michael Schlecht.

Alles in allem eine spannende Veranstaltung, bei der es sich mitzumachen lohnt. Klar, dass zum Abschluss die Kultur einige hundert Meter weiter im Bergedorfer Gewerkschaftshaus zu ihrem Recht kommen wird. Mit dabei das Polit-Kabarett „das Hohlkopftheater Hamburg“ mit „4 für Deutschland“.

gerald kemski

P.S. UnterstützerInnen gesucht :

Da eine derartige Konferenz, ehrenamtlich vorbereitet und durchgeführt, viele HelferInnen benötigt, hier zwei ganz dringende Bitten: Wir benötigen noch UnterstützerInnen beim Aufbau der Konferenz am Freitag, den 13. April, in der Zeit von 13–18.00 Uhr (auch zeitweise) sowie zum Abbau am Sonnabend, den 14. April, von 18.00 – 19.00 Uhr.

Da nicht alle TeilnehmerInnen, die von auswärts anreisen, über umfangreiche Mittel verfügen, benötigen wir auch noch Privatquartiere in Hamburg um möglichst vielen die Teilnahme zu ermöglichen. Meldungen jeweils bitte an Martin Wittmaack. Vielen Dank !

Aus dem Programm

Freitag, 13. April

18:00 Uhr Eröffnung der Konferenz

18:20 Uhr Grußwort

PETER DEUTSCHLAND,

DGB-Bezirksvorsitzender Nord

18:30 – 21:00 Uhr Eröffnungspodium

Was ist neu am neuen Kapitalismus?

PROF. ELMAR ALTVATER, Berlin

Neue Arbeitsverhältnisse – neue

Kampfbedingungen

ULLA LÖTZER, MdB, Fraktion DIE LINKE.

Samstag 14. April

10:00 Uhr Eröffnung

10:20 Uhr Grußworte

CHRISTINE BUCHHOLZ, WASG

Bundesvorstand

WERNER DREIBUS, MdB, Gewerk-

schaftspolitische Sprecher

der Fraktion DIE LINKE.

11:00 – 15:30 Foren

1 Betriebsräte – nur noch vom Finanzmarkt getrieben?

PROF. JÖRG HUFFSCHMID, Bremen
OLIVER JONISCHKEIT, Gewerkschaftssekretär, Linksblock im Österreichischen Gewerkschaftsbund, UL-LA LÖTZER, MdB, Fraktion DIE LINKE., JOHANNES MÜLLER-SCHÖN, BR-Vorsitzender, Fiat Konzern

2 Lohnpolitik – Dumping ohne Ende?
COSTAS ISYCHOS, Synaspismos, Griechenland, MARTIN KÜNKLER, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, SABINE REINER, Gewerkschaftssekretärin, ver.di Bundesvorstand, RENÉ VOELKNER, BR-Vorsitzender, Jurex

3 Arbeitszeitverkürzung – nur eine Erinnerung an die Vergangenheit oder brauchen wir eine gesetzliche Höchstarbeitszeit?
JEAN-LUC CHAGNOLLEAU, BR-Sekretär, Hafen Nantes, CGT
UWE FRTISCH, BR-Vorsitzender, VW Braunschweig
KLAUS PICKSHAUS, Gewerkschaftssekretär, IG Metall Vorstand

4 Europäische Gewerkschaften – Generalstreik oder sozialer Dialog?
BERNT KAMIN-SEGGEWIES, BR-Vorsitzender, Gesamthafen Hamburg, NÚRIA LOZANO MONTOYA, Esquerra Unida i Alternativa, (Catalonia), Spanien, THORSTEN SCHULTEN, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB

5 Berufsausbildung nur noch zu Dumpingpreisen?
INGO SCHLÜTER, stellv. DGB Landesvorsitzender Nord, JOACHIM SEIFERT, Auszubildender, ALEX SAUER, JAV, GABI ZIMMER, MdEP, Delegation der Linkspartei.PDS in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Linke GUE/NGL

16:00 – 18:00 Uhr Schlusspodium
Politik und Gewerkschaft – gemeinsam neu denken
KARIN ANTLANGER, KPÖ, Vorsitzende des Linksblock im Österreichischen Gewerkschaftsbund, FRANZ-JOSEF MÖLLENBERG, Vorsitzender der NGG, MICHAEL SCHLECHT, WASG Bundesvorstand, HARALD WERNER, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS Moderation: Richard Detje
ab 19:30 Uhr Links trifft sich im Gewerkschaftshaus Hamburg-Bergedorf mit dem Hohlkopf-Theater aus Hamburg

Karnevals-Demo in Wilhelmsburg

Wir sind schon da – die Linkspartei auch

Am 18.2.07 fand der Protest von 1000 Wilhelmsburger Bürgern gegen die verfehlte Politik des Senats auf der Straße statt. Bei der Karnevals-Demo zeigten die Wilhelmsburger, dass sie nicht gewillt sind, den Sprung über die Elbe einfach so zu akzeptieren, wie der Senat es sich vorstellt.

„Wir sind schon da.“ Vor zehn Jahren hatten Wilhelmsburger Bürger schon einmal ihren Protest gegen die Politik des Senats auf die Straße getragen. Der Verein „Zukunft Elbinsel“ der zu dieser Karnevals-Demo aufgerufen hatte, möchte zumindest bei den stadtentwicklerischen Vorhaben des Senats mit einbezogen werden. Doch Einladungen zu Gesprächen über die Zukunft der Elbinsel mit der Bürgerinitiative ignoriert der Senat bis heute.

Hat dieser Senat zu viel Geld und zu wenig Zeit? Wirtschaftsminister Gunnar Udall will keine Zeit mehr verlieren. Und das lässt er sich was kosten. Hartmut Wegener, Chef der Firma ReGe, erhielt ein angemessenes Geschenk zu seinem 60. Geburtstag: Seine privatwirtschaftliche Realisierungsgesellschaft wird die Projektleitung für den Bau der 500 Millionen schweren Hafenuferspange übernehmen. Hafenuferspange, IGA, IBA, zwei Kohlekraftwerke und Industrieansiedlungen sollen die Wilhelmsburger, ohne vorher einen Dialog mit dem Senat geführt zu haben, einfach hinnehmen. Neben der Vernichtung von Kleingärten würde ein nicht wieder gut zu machender Eingriff in das Ökosystem vorgenommen werden. Hier geht es nur um wirtschaftliche Interessen, aber nicht um das beste Konzept für die Elbinsel.

Aber es gibt Lösungen: Durch ein intelligent aufeinander abgestimmtes Bündel von Maßnahmen kann auf den Bau der Hafenuferspange verzichtet werden. Dazu gehören eine teilweise Verlagerung der Containerverkehre auf Wassertaxis und einen Containerschuttle der Bahn, der innovative Ein-

satz automatisierter Verkehrssysteme, intelligenter Einsatz von Verkehrslenkungssystemen, umweltfreundliche Gas- statt Kohlekraftwerke usw.

Millionenverschwendung für unsinnige Bauvorhaben wie die Hafenuferspange und Kürzungen im sozialen Bereich, dass ist die derzeitige Politik des Senats. Junge Bürger will der Senat in Wilhelmsburg ansiedeln, um die Bevölkerungsstruktur zu ändern. Gleichzeitig baut er über ihren Köpfen eine Autobahn, wie paradox. Kürzungen im Jugendbereich von 355.000 Euro für Wilhelmsburg wurden gerade beschlossen. Betroffen davon sind unter anderem, dass Jugendzentrum Wilhelmsburg, der Bauspielfeldplatz und die Honigfabrik.



Bild: Astrid Dahaba

Die Karnevals-Demo hat den Wilhelmsburger Bürgern gezeigt, welche Parteien ihren Protest unterstützen. Außer der Linkspartei glänzten alle anderen Parteien durch ihre Abwesenheit. Der Kastenwagen, der nicht nur durch die an ihm angebrachten Plakate für Aufmerksamkeit sorgte, und auch die Live-Einlagen des Rappers kamen gut an. Auf der Abschlusskundgebung waren wir mit einem Informationsstand vertreten. Die Gespräche mit den Bürgern zeigten, wie enttäuscht sie von der Politik des Senats sind.

Der Aufruf des Umzugs fand unter dem Motto „wir sind schon da“ statt. Die Wilhelmsburger Bürger haben gesehen, welche Parteien ihren Protest unterstützten. Nur die Linkspartei, und das werden sie so schnell nicht vergessen.

In Wilhelmsburg hat der Bürger-schaftswahlkampf schon am 18.2.07 begonnen.
Ronald Wilken

WASG und Linkspartei.PDS unterstützen Kleingärtner

Die Landesverbände Hamburg der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG) und der Linkspartei.PDS unterstützen die Proteste für den Erhalt aller Hamburger Kleingärten

Der Hamburger Senat plant langfristig die Räumung von 3000 Kleingärten, um Platz für Gewerbe und Wohnungsbau zu schaffen.

Auch in Wilhelmsburg ist auf Grund der IBA und der IGS 2013 die Vernichtung von vielen Parzellen mittlerweile Realität geworden. Aktuell sollen im Wilhelmsburger Norden 52 Parzellen platt gemacht werden. Als Grund nennt die Umweltbehörde den mit hochgiftigem, krebserregendem Benzopyren verseuchten Boden. Doch das wissen hier die Kleingärtner schon seit Jahren. Die Kleingärtner misstrauen der Umweltbehörde, die von sämtlichen gärtnerischen Tätigkeiten entschieden abrät. Den Kleingärtnern keimt ein ganz anderer Verdacht: der Senat ist scharf auf ihre Grundstücke. Für die Kleingärtner kommen gleich mehrere Interessenten in Frage: die Affi, die Flächen für ihre Zulieferbetriebe sucht, oder die Tankstelle, die angeblich Parkplätze bauen will, oder auch die Handelskammer, die für die Bauausstellung einen Gewerpark plant.



Dass der Boden mit Arsen, Blei und Cadmium belastet ist, sei schon lange bekannt gewesen, so der Behördensprecher Dumann. Warum man es aber jetzt so eilig mit der Vernichtung der Kleingärten hat, darüber wollte er keine Auskunft geben.

Die Kleingärtner bleiben skeptisch.

Sie werden jetzt auf eigene Kosten Bodenproben vornehmen lassen. Die Kosten von rund 1300 Euro für etwa 10 Proben wollen sich die Vereinsmitglieder teilen.

Nach Informationen der AG „Zornige GartenZwerge Wilhelmsburg“ sollen 230 Gärten auf Grund der IGS in Wilhelmsburg verschwinden.

WASG und Linkspartei.PDS unterstützen den Kampf der Kleingärtner gegen diesen Raubbau. Kleingärten sind vor allem in sozial schwächeren Wohnstadtteilen ein wichtiger Naherholungsbereich sowohl für die Parzelleninhaber als auch für die übrigen Anwohner. Wohnortnahe Gärten sind wichtig für die Lebensqualität im Stadtteil.

Entfernt liegende Ausweichflächen sind keine Alternative. Die Gärten sind über Jahre mit viel Liebe aufgebaut, die Vereinsmitglieder pflegten nachbarschaftliche Beziehungen zu den übrigen Vereinsmitgliedern und Anliegern. Diese Strukturen und Traditionen könne man nicht einfach verpflanzen.

Für die WASG und die Linkspartei.PDS ist die Bedrohung der Hamburger Kleingärten nur eines von zahlreichen Beispielen, wie sich der Hamburger Senat unter dem Schlagwort „Wachsende Stadt“ über die Bedürfnisse der Menschen in den Wohnquartieren hinweg setzt. Wir weisen unter anderem auch noch auf das Beispiel der schleichenden Schließung des Schanzenparks zugunsten des Mövenpick-Hotels im dortigen Wasserturm hin.

Immer wieder sind die kleinen Einrichtungen bedroht, die für die Lebensqualität in den Quartieren so wichtig sind. Stadteinrichtungen und Schwimmbäder werden geschlossen, Schulen zusammengelegt. Andererseits werden viele Millionen investiert, um Luxusquartiere z.B. in der HafenCity zu bauen, und in Wilhelmsburg wird durch IGS sowie der IBA die Vernichtung der Kleingärten vorangetrieben. Naturschutz, Erholung und die Interessen von sozial Benachteiligten spielen kaum eine Rolle, wenn es darum geht, Infrastruktur für Industrie und Gewerbe bereitzustellen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Anliegen von uns und unseren Nachbarinnen und Nachbarn, unseren Kolleginnen und Kollegen wieder eine Stimme in der Politik bekommen, deshalb unterstützen wir die Proteste der Kleingärtner und bekunden unsere Solidarität im Kampf gegen die Zerstörung der Kleingärten.

Ronald Wilken

Güterumgebungsbahn-Nord

Der Protest gegen die Lärmimmission formiert sich auch in Barmbek, Dulsberg und Wandsbek

Am Anfang war es Protest, der auf öffentlichen Veranstaltungen der BSU (Behörde für Bau, Stadtentwicklung, Umwelt) und der Bezirksversammlung Nord von empörten Mitbürgern und von mir vorgebracht wurde. Der Versuch, die Bezirksversammlung Wandsbek mit persönlichen Schreiben Betroffener aufzurütteln, ein weiterer Beginn. Zu der Zeit waren in anderen Stadtteilen entlang der Strecke bereits zahlreiche Initiativen gegründet und aktiv geworden. Doch halt! Worum geht es?

Im Landesinfo Nr. 4 hatte ich über die Ertüchtigung der Güterumgebungsbahn berichtet. Die Deutsche Bahn modernisiert die einspurige Trasse. Der juristische Trick der „Ertüchtigung“ enthebt die Bahn der Notwendigkeit, gültige Umweltrichtlinien einhalten zu müssen. Im Ergebnis wird die Bahn täglich 84 Züge, nachts im



Mitten durch Wohngebiete führt die Strecke.

12-Minuten-Takt, mit 80 km/h und bis zu 650 m Länge durch dichtbesiedeltes Stadtgebiet rasen lassen.

Die Lärmimmission wird im Nahbereich der Trasse unerträgliche 60 dB(A) bis über 80 dB(A) betragen. In bis zu einem km Entfernung wird sie sich noch im gesundheitsgefährdenden Bereich von 40 – 50 dB(A) bewegen.

Was ist inzwischen passiert? Genossinnen und Genossen aus den Bezirken Nord und Wandsbek der WASG und Linkspartei und ich haben ca. 3000 Handzettel in Briefkästen verteilt, und ich habe auf vielen Infoveranstaltungen auf das Problem aufmerksam gemacht.

Und dann geschah der Bahnunfall bei Tornesch, und kurz darauf überschlug sich die Presse mit Meldungen

über 11.000 t australischen Giftmülls, die teils über die Güterumgebungsbahn Nord transportiert werden sollten. Ereignisse, die die Aufmerksamkeit vieler Bürger auf die Güterumgebungsbahn fokussierte. Zwar nicht wegen der Lärmthematik, aber unter dem Aspekt: hohes Risiko durch brennende Gefahrguttransporte bei hoher Geschwindigkeit.

Alles das und nicht zuletzt eine öffentlichen Anhörung der Bezirksversammlung Nord, die auch wir beworben haben, haben zur Gründung eines Vereins für Lärmschutz in Dulsberg geführt. Ich selbst werde am 3.4.07 in Wandsbek eine Initiative gründen.

Das Ziel ist, durch eine Vernetzung mit anderen Initiativen dazu beizutragen, dass kurzfristig Schallschutzwände (aktiver Lärmschutz) gebaut werden und es langfristig möglich wird, dass nicht Bürger selbst Geld für adäquaten Lärmschutz in die Hand nehmen müssen, sondern dass der Verursacher, hier die Deutsche Bahn, dafür verantwortlich ist. Ich hoffe dabei auf die Unterstützung der Bundestagsabgeordneten Lutz Heilmann (Umwelt) und Dorothee Menzner (Verkehr), mit denen ich bereits im Kontakt bin.

Peter Heim (WASG Nord)

Vollbeschäftigung – ein realistisches Ziel?

Kompetent und kurzweilig: Prof. Schui über Wirtschaftspolitik

Am 25. Januar haben wir, die Regionalgruppe Kerngebiet Wandsbek und der Bezirk Hamburg Nord, eine gemeinsame Veranstaltung mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher unserer Bundestagsfraktion, MdB Herbert Schui, zum Thema Vollbeschäftigung durchgeführt.

Herbert Schui ist, wie einige von euch wissen werden, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik gewesen und hat unter anderem mehrere Bücher zum Neoliberalismus veröffentlicht, zuletzt das 2002 im VSA-Verlag erschienene Werk „Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis“ (zusammen mit Stephanie Blankenburg), das sich ausführlich und kritisch mit den theoretischen Grundlagen der verschiedenen Richtungen des neoliberalen Denk- und Ideologiegebäudes auseinandersetzt. Schui gehört nebenher zu den Gründern des Alternativen Wirtschaftsforums.

Nun würde man den persönlichen und menschlichen Qualitäten Herbert Schuis ganz gewiss nicht gerecht, wenn man es bei einer drögen Aufzählung solcher Daten beließe. Wer Schui erlebt hat, wird wissen, was gemeint ist: Wie er uns nämlich vortrug, wie es ihm gelang, ein (scheinbar!) „langweiliges“ und sperriges Subjekt wie die Ökonomie mit einer gehörigen Portion Wortwitz unterhaltsam und allgemein verständlich, gleichwohl ohne Abgleiten ins Banale an Frau und Mann zu bringen, das allein ist schon den Besuch der Veranstaltung wert gewesen. Schui zuzuhören war nicht bloß lehrreich, es machte gehörigen Spaß obendrein. Nicht viele Referenten beherrschen diese Kunst; Schui beherrscht sie meisterhaft.

Ist also, so die Thematik seines Referates, Vollbeschäftigung unter dem gegenwärtigen Rationalisierungsdruck überhaupt noch denkbar und möglich? Schuis Antwort, kurz zusammengefasst: Ja, sie ist durchaus möglich, wenn der öffentliche Beschäftigungssektor ausgedehnt wird und daneben eine drastische Reduzierung der durchschnittlichen Arbeitszeit durchgesetzt werden kann. Und dies wiederum sei ökonomisch gedeckt und realisierbar aufgrund einer stetig ge-



Bild: Rainer Tichy

stiegenen Produktivität der Wirtschaft, denn seit 1973 habe sich die hiesige Arbeitsproduktivität annähernd verdoppelt. „Verteilungsmasse“ sei daher genug vorhanden - und zwar für alle, und zwar auch dann, wenn aus ökologischen Gründen auf kurz oder lang Nullwachstum angestrebt werden müsse in den entwickelten Industrieländern. Nicht zutreffend, so Schui, sei die Behauptung, im entwickelten Kapitalismus ginge gewissermaßen die Arbeit aus, denn Nützliches zu tun bliebe allemal genug in unserer Gesellschaft, man denke nur an solche Dinge wie den Umweltschutz, Bildung und Infrastruktur und die weiten Bereiche des Sozialen und des Kulturellen, die von der Privatwirtschaft, wenn überhaupt, nur höchst unzureichend

abgedeckt würden. Die nun schon seit Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die soziale Ausgrenzung von Millionen hierzulande (und anderswo) ist laut Schui eben nicht „unentrinnbares Schicksal“, sondern eine Frage der politischen Machtverteilung und ökonomisch gesehen eine Frage der gerechten und zweckmäßigen (Um-)Verteilung des erwirtschafteten Sozialproduktes. Entscheidend sei halt, wer sich per politischem Einfluss besagtes Mehrprodukt aneignen könne und wer eben nicht. Soweit ein keineswegs vollständiger Umriss von Schuis „linkskeynesianischer“ Argumentationsweise.

Wir wollen nicht verschweigen, dass uns bei der Vorbereitung der Veranstaltung zunächst ein wenig mulmig zumute war, weil die theoretische Ökonomie, höflich formuliert, nicht gerade zu den ausgemachten Publikumsrennern gehört. Dachten wir jedenfalls. Doch zu unserer angenehmen Überraschung fanden wir den kleinen Saal voll besetzt mit annähernd 40 Zuhörern, und es waren keineswegs nur Mitglieder von WASG und Linkspartei, die da im Auditorium saßen, sondern etliche Gesichter darunter, auch jüngere, die uns ganz unbekannt waren. Nicht übel für eine solche Veranstaltung auf Bezirksebene mit bekannt dürftigem „Werbebudget“.

Und zu guter Letzt: Herbert Schui hat sich auf unsere Anfrage bereit erklärt, uns im Vorfeld der kommenden Bürgerschaftswahl mit ein oder zwei weiteren Veranstaltungen zu unterstützen. Nennen wir's nach unserer überaus positiven Erfahrung mit ihm: ein Angebot, das man nicht ablehnen kann.

Heiner Hanenkamp, WASG Hamburg-Wandsbek

AG Medien trifft sich

Die Wiedergeburt der AG Medien fand am Donnerstag, den 15.03., mit dem Ziel statt, ein Konzept zu erarbeiten, indem die AG als eine Art Durchlauferhitzer oder Transformator von Partei- und Bündnispartneraktionen an die Hamburger Medienlandschaft fungieren soll. Bei diesem Treffen, an dem zehn TeilnehmerInnen sich angagierte an der Diskussion um das Wie beteiligten, wurde das Kernstück des Projekts vorgestellt: die Web-Site.

Um schnellstmöglich ein fertiges Konzept zu erarbeiten, haben die TeilnehmerInnen beschlossen, sich für die nächste Zeit wöchentlich donnerstags

um 19.00 Uhr im Kreuzweg zu treffen.

Alle diejenigen, die dazu beitragen wollen und können, sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Schließlich geht es ja um nicht weniger als darum, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, bei dem die Medien natürlich eine bedeutende Rolle spielen.

Tilman Rosenau

G 8-Gipfel Heiligendamm: Gipfel der Unge- rechtigkeit – Men- schen vor Profite!

Die Stühle im Klassenraum des St. Pauli Gymasiums reichten nicht: Viele, ganz unterschiedliche Teilnehmer wollten Näheres wissen und auf der gemeinsamen WASG- und Linkspartei-Veranstaltung dazu diskutieren. Monty Schädel (Rostocker Bundesgeschäftsführer der Dt. Friedensgesellschaft/VK, Koordinator des Rostocker G 8-Bündnisses) führte locker, humorvoll und mit Hilfe von Karten und Power-Point anschaulich in die Breite und Vielfalt der Protestvorbereitungen ein, an denen ca. 60 Gruppen, Initiativen und Organisationen von attac, der evangelischen Kirche, ver.di- und IG-Metall-Jugend, aus der Friedensbewegung und der Linkspartei und WASG beteiligt sind. Es hat erstmals ein so breites Protestbündnis gehalten, die unterschiedlichen Protestformen nebeneinander und im Ziel des Protestes gegen den G 8-Gipfel miteinander zu organisieren:

„Besiedlung“ des Bombenabwurfplatzes Bombodrom Kyritzer Heide unter dem Motto „Jedes Ziel ist ein Zuhause“ am 1. 6., Internationale große Protestdemo am 2.6. in Rostock, Aktionstag Landwirtschaft (genfrei, ökologisch) am 3.6., Aktionstag Migration am 4.6., Blockade des Flughafens Laage (dort Ausbildung der Eurofighter-Piloten, Standorte der AWACS, Ankunfts- und Abflugort der „hohen“ Gäste) am 5.6., Alternativgipfel mit zahlreichen Diskussionen, workshops, Streitgesprächen in Rostock vom 5.-7.6., 7.6. Stermarch auf Heiligendamm (u.a mit Konzert Herbert Grönemeyers).

Mehrere europäische Rallys und Karawanen kommen nach Heiligendamm: z.B. Fahrradkarawane aus Budapest, Euro-Märsche der Arbeitslosen, Sonderzüge von attac aus Salzburg, Basel und Bonn. Im Münster von Bad Doberan gibt es einen großen Got-

tesdienst, auch in Bad Doberan bereitet die Linkspartei mit der Bundestagsfraktion eine Diskussion vor. In ganz Europa sind globalisierungskritische, friedensbewegte, menschenrechtliche und gewerkschaftliche Gruppen dabei, sich auf Heiligendamm vorzubereiten. „Wer sich den Gipfel einlädt, lädt sich auch den Protest dagegen ein.“ Schon jetzt, das ist deutlich, ist der Versuch gescheitert, dass sich die selbsternannten Lenker der Macht unter sich in Kamingsgesprächen im kleinen, feudalen Ostseebad Heiligendamm (260 Einwohner) absprechen können, wie die Welt regiert werden soll. Erfreulich, dass sich auch vor Ort der Protest entwickelt. Sozialisten haben allen Grund, sich an den vielfältigen Protesten der geschätzten 80-100.000 Teilnehmer zu beteiligen. Dabei ist das Erste: Dies alles in Hamburg bekannt zu machen.

Auf der Info-Veranstaltung am 19.3. wurde verabredet, dass DIE LINKE in Hamburg bei der Mobilisierung und Information hilft (Camps, Fahrgelegenheiten/Mitfahrten, verbilligte Busse, Veranstaltungen). Wer Info-Material oder Referenten benötigt, wer teilnehmen möchte, melde sich bitte bei: Sönke Wandschneider (WASG, Tel. 22 62 42 14, info@wasg-hh.de) oder Horst Bethge (Linkspartei.PDS, Tel. 389 21 64, info@linkspartei-hamburg.de), beide: Kreuzweg 7, 20099 Hamburg. Flyer No-GO-Menschen vor Profit und Info-Zeitungen sind dort in den Geschäftsstellen erhältlich.

Sönke Wandschneider

„Wehret den Anfängen“ – keine Aufforderung zum Abwarten!

Zur Bedeutung des Anti- faschismus für den Partei- bildungsprozess

Vor wenigen Wochen wurde Jürgen Rieger, der seit Jahren ein Leithammel (neo-)nazistischer Gruppen und Grüppchen und für den Hitler „sicherlich der größte Staatsmann“ ist, zum neuen Landesvorsitzenden der NPD in Hamburg geputscht. Die „Führer“-Riege dieser Partei hat sich den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Straße“ sowie den „Kampf um die Parlamente“ auf die schwarz-rot-weiße Fahne geschrieben. Zu diesen

drei strategischen Säulen gesellte sich kürzlich eine vierte hinzu: der „Kampf um den organisierten Willen“. Dabei geht es um die Bemühungen der NPD, die diversen rechtsextremen Kräfte unter ihrer Vorherrschaft zu einen. Mit dem „Deutschlandpakt“ wurde auf der einen Seite mit der DVU ein politischer Tauschhandel exerziert; die „Deutschlandbewegung“ soll auf der anderen Seite die neofaschistischen Schlägertrupps so genannter Kameradschaften einbinden. Doch auch ein Teufel muss einen langen Löffel haben, wenn er mit seinesgleichen speist: Die militanten Neonazis sind bereits dabei, die NPD zu majorisieren. Daher rührt auch der Vorsitz von Jürgen Rieger in der Unterkunft der Partei in der Hansestadt – und dessen Vorhaben, in dieser Stadt einen Schwerpunkt neofaschistischer Aktivitäten zu bilden. Auch eine Kandidatur zur kommenden Bürgerschaftswahl steht in Rede, obwohl das hamburgische Revier im „Deutschlandpakt“ der DVU zugesprochen wurde.

Der Konkurrenzkampf treibt also auch innerhalb der Organisationen, die diesen umfassend – bis hin zur offenen Befürwortung von Krieg und Massenvernichtung – vertreten, die tollsten Blüten. Die strategische Frage, ob sie ihre menschenverachtende Ideologie und Praxis lieber durch konservative Traditionspflege kaschieren oder aber ob die von ihnen angebotene rohe Gewalt auch offen propagiert und angewandt werden sollte, hat die Rechtsextremen je intern als auch untereinander tief gespalten. Diese Zersetzungsprozess wird positiv befördert durch das vielfältige antifaschistische Engagement der VVN-BdA (die couragiert eine Kampagne für ein Verbot der NPD gestartet hat), der Gewerkschaften (die kürzlich den Kampf gegen den Rechtsextremismus zum relevanten „Querschnittsthema“ erkorren haben) und der vielen anderen antifaschistischen Organisationen, die mit ihren Aktivitäten dem braunen Treiben Paroli bieten.

Dies jedoch entlässt die sozialistische Partei nicht aus der Verantwortung, ihre eigene antifaschistische Strategie zu präzisieren. Es gibt ein ärgerliches Missverhältnis zwischen dem unermüdlichen Engagement von Genossinnen und Genossen im alltäglichen Kampf gegen Rechts und dem politisch sehr hinderlichen Mangel an sozialistischer Strategiebildung in diesen Auseinandersetzungen. Wählerstimmen- und Parteibildungsfixierung sind ein ernstzunehmendes Problem. Eine im Dezember veröffentlichte Stu-

Dokumentiert: Aufruf der VVN-BdA

(Kann im Internet unter www.npd-verbot-jetzt.de unterstützt werden!)

NPD-Verbot jetzt!

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages!

Wir fordern Sie auf, ein neues Verbotverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues „Deutsches Reich“ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.



Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttättern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen.

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegen-

wurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt.“

Die NPD muss mit- samt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

die von Carsten Hübner über „Aktuelle Entwicklungstendenzen im deutschen Rechtsextremismus“, die im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet wurde, gibt interessante Einblicke in die Verfasstheit der Rechtsextremen, aber auch Aufschluss über Schwächen der Linkspartei.PDS im Kampf dagegen.* Die extreme Rechte habe ihrem „antikommunistisch motivierte(n) Hass“ mit ihrer sozialen Demagogie eine „neue, tagespolitische Komponente“ gegeben, um sich als Konkurrenz zur Linkspartei.PDS in sozialen Fragen „ins Spiel zu bringen“ (S. 8). Dagegen müsse eine scharfe Analyse rechtsextremer Politik, eine kritische Überprüfung eigener sozialpolitischer Versäumnisse, ein stringenteres Vorgehen gegen rassistische und antisemitische Ideologie und Praxis sowie das Vorgehen gegen die „massive Entdemokratisierung und Verwahrlosung der politischen Kultur“ gesetzt werden (S. 9).

Dass der „historische wie der tagesaktuelle Antifaschismus ... zu den tragenden Säulen“ der Linkspartei.PDS gehören (S. 8), ist eine erfreuliche Tatsache, die allerdings bislang im Parteibildungsprozess nur ungenügend zur Geltung gebracht wurde. Das hat insbesondere damit zu tun, dass eines der größten Hindernisse im Kampf gegen Rechts, der Populismus, eine unange-

nehme Rolle in Form und Inhalt der (apathischen) programmatischen Debatte spielt. Das Schielen auf Wählerstimmen und sonstige gesellschaftliche Akzeptanz, zu der die WASG bzw. das Bündnis mit ihr verhelfen soll, macht blind für den von Max Horkheimer formulierten Zusammenhang, dass vom Faschismus schweigen möge, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle. Das ist dahingehend zu erweitern, dass zur nachhaltigen Überwindung des Faschismus nicht beitragen wird, wer für den Sozialismus nicht reden, geschweige denn kämpfen mag.

Darum gehört zur der notwendigen antifaschistischen Strategie einer jetzigen und zukünftigen sozialistischen Partei, dass

- sie sich mit der tiefgreifenden Krise des Kapitalismus und der menschenverachtenden Profitheekerei als Ursache für das Erstarken rechtsextremer Kräfte kritisch auseinandersetzt;
- jede politische Zielsetzung und jedes Reformhaben in sozialen, bildungs- und kulturpolitischen Fragen im Sinne von Rosa Luxemburgs Definition von Realpolitik daraufhin überprüft werden, ob sie zur Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsformation beitragen, d. h. ob sie egalitär, demokratisch also um-

fassend humanistisch sind;

- die Kontrahenz zum Kapital (z. B. Handelskammer) und seinen Knechten (z. B. rechter Senat) couragiert aufgenommen und über ihre antihumanistische Politik aufgeklärt wird;
- die strategische Einheit mit dem friedenspolitischen Engagement herausgebildet wird und
- die Bündnispolitik mit allen fortschrittlich tradierten Kräften ausgebaut wird.

Die Unzufriedenheit mit dem Gegebenen ist dafür ebenso Voraussetzung wie die Entwicklung positiver bzw. progressiver Ansprüche.

Die umfassende solidarische Beteiligung der Linkspartei.PDS an der VVN-Kampagne für das Verbot der NPD (s. Dokumentation und Website) sollte außer Frage stehen.

Die AG gegen Rechts trifft sich montags ab 17.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle. Wer zu den Treffen eingeladen bzw. in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, möge sich an die Adresse ag-gegen-rechts@linkspartei-hamburg.de werden.

Rörd Hinrichsen und Saskia Mestern
(AG gegen Rechts der Linkspartei.
PDS Hamburg)

* Die Studie kann im Internet unter http://sozialisten.de/politik/themen/positions-papier/pdf/huebner_studie_rechtsextremismus_0612.pdf heruntergeladen werden

Dokumentiert:

Landesfinanzplan 2007 der Linkspartei.PDS Hamburg

Landesfinanzplan 2007

Der Landesarbeitsausschuss hat am 4.12.06 den nachstehenden Finanzplan 2007 beschlossen:

Position	Plan 2006	Plan 2007
I. Einnahmen:		
1. Mitgliedsbeiträge (einschl. EL) ¹⁾	29.000,00 €	31.000,00 €
2. Spenden ²⁾	47.000,00 €	49.000,00 €
3. Einnahm. Veranstalt./Mat.Verk.	500,00 €	1.000,00 €
4. Zuschüsse	37.000,00 €	44.000,00 €
1. Landesfinanzausgleich	22.000,00 €	24.000,00 €
2. Personalkostenzuschuss	15.000,00 €	20.000,00 €
3. Wahlkampfkostenzuschuss (soll beantragt werden)		46.000,00 €
5. Sonstige Einnahmen (Untermieter)	12.000,00 €	12.000,00 €
Gesamteinnahmen	<u>125.500,00 €</u>	<u>137.000,00 €</u>
II. Ausgaben:		
1. Personalausgaben ³⁾	16.750,00 €	20.250,00 €
1. Nettogehalt	3.750,00 €	15.000,00 €
2. Honorarverträge + Praktikanten ⁴⁾	4.000,00 €	
3. Sozialabgaben	5.000,00 €	3.000,00 €
4. Lohnsteuer	4.000,00 €	2.250,00 €
2. Lfd. Geschäftsbetrieb	2.800,00 €	2.800,00 €
1. Geldverkehr (retour, Mahng.)	200,00 €	200,00 €
2. Bürobedarf	1.500,00 €	1.500,00 €
3. Gerichts-/Beratungskosten	400,00 €	400,00 €
4. Einsatz Fremdfahrzeuge	700,00 €	700,00 €
3. Kommunikation (Tel., Fax, Mail, Web)	1.800,00 €	1.800,00 €
4. Innere Verwaltung	29.600,00 €	29.600,00 €
1. Mieten (zus. Büro: 2100.-, Lager: 240.- mtl)	28.100,00 €	28.100,00 €
2. Betriebskosten (HEW, Wasser)	1.200,00 €	1.200,00 €

Position	Plan 2006	Plan 2007
3. Ausgestaltung Arbeitsräume	300,00 €	300,00 €
5. Anschaffungen /Versicherungen	4.200,00 €	4.200,00 €
1. Büroeinrichtung, PC (Software Buchhaltg.)	4.000,00 €	4.000,00 €
2. Versicherungen (fix: 168,11 € jährl.) ⁵⁾	200,00 €	200,00 €
6. Politische Arbeit	49.500,00 €	62.500,00 €
1. Parteitage, LMVs, Konferenzen ⁶⁾	12.000,00 €	10.000,00 €
2. Info-Mat., Öff. Arb, Kopien ⁷⁾	17.000,00 €	32.000,00 €
3. Internationale Arbeit	500,00 €	500,00 €
5. Bündnisse ⁸⁾	20.000,00 €	20.000,00 €
4. Wahlkämpfe (2006: Rücklagen)	1.100,00 €	46.000,00 €
7. Sonstige Ausgaben	2.500,00 €	5.000,00 €
8. Zahlungen an Parteivorstand ⁹⁾	10.000,00 €	10.000,00 €
Gesamtausgaben	<u>117.150,00 €</u>	<u>136.150,00 €</u>
<i>Ausgaben</i>	<u>117.150,00 €</u>	<u>136.150,00 €</u>
<i>Einnahmen</i>	<u>125.500,00 €</u>	<u>137.000,00 €</u>
<i>Saldo</i>	<u>8.350,00 €</u>	<u>850,00 €</u>
Budget ¹⁰⁾	15.800,00 €	15.800,00 €
1. Bezirke	10.500,00 €	10.500,00 €
BV Altona	1.500,00 €	1.500,00 €
BV Bergedorf	1.500,00 €	1.500,00 €
BV Eimsbüttel	1.500,00 €	1.500,00 €
BV Harburg	1.500,00 €	1.500,00 €
BV Mitte	1.500,00 €	1.500,00 €
BV Nord	1.500,00 €	1.500,00 €

Position	Plan 2006	Plan 2007
BV Wandsbek	1.500,00 €	1.500,00 €
2. AGs / IGs / Plattformen	5.300,00 €	5.300,00 €
AG Antifa Bildung + Kommunalpolitik	600,00 €	
AG Armut und Arbeit	600,00 €	
AG Betrieb + Gewerkschaften	600,00 €	
AG Bildung	600,00 €	
AG Cuba Si	600,00 €	
AG Interkulturelle Arbeit	600,00 €	
AG Studierendenpolitik	600,00 €	
KPF C. Zetkin	300,00 €	
KPF	300,00 €	
Solid	500,00 €	
+ ca. 14 weitere AGs / IGs		

Je 212 € in 2007
(bis zum 30.6.07
106 €).¹⁰⁾

- 1) Hier handelt es sich um die real gezahlten Beiträge, die sowohl im Land oder dem Bezirk Nord eingezahlt wurden, einschl. Beiträge für die Europäische Linke.
 - 2) Gesamtspenden, einschl. für Cuba Si oder Sammlungen bei Veranstaltungen.
 - 3) Summe von II.2 - II.5.
 - 4) Buchhaltung und Helfer Stellschilder, Übersetzer
 - 5) Haftpflicht für alle Parteiveranstaltungen, auch in den Bezirken, ist abgeschlossen
 - 6) Darunter Fahrt/Übernachtung Parteitag, Reisekosten zu Sitzungen, Tagungen.
 - 7) Druckkosten, Anzeigen, Plakate, Versand- und Portokosten, PDS -Zeitung, Portokosten, Kopierkosten und Kopierpapier (einschließlich Kopierkosten Bezirke) und AGs). Der Kopierer im Büro kostet ca. 200.- mtl. Leasing bei 4000 Ex. Freikopien
 - 8) darunter fallen Ostermarsch, Antikriegstag, Hamburger Forum, Antifa-Aktivitäten, Stadtteilstefte, Soli-Projekte, gemeinsame Veranstaltungen, Sozialforen, bundesweite Demos - kurz: alle gemeinsam von vielen Mitveranstaltern getragene Aktivitäten, darunter viele von AGs und Bezirken.
 - 9) Darunter Zahlungen von Cuba Si Hamburg an Cuba Si Bund und Werbemittelleinkauf beim Literaturvertrieb des Parteivorstandes
- Bis zum 30.6. darf nur 50 % verbraucht werden.

Beschluss der Linkspartei.PDS

Finanzkonzept 2007

Die Landesmitgliederversammlung der Linkspartei hat auf der Landesmitgliederversammlung am 23.2. das Finanzkonzept 2007 beschlossen:

Die Bezirksverbände erhalten wie im Vorjahr 25 % der Mitgliedsbeiträge der bei ihnen registrierten Mitglieder.

Zur Information:

In der Landessatzung heißt es unter VII. Dazu:

(6) Die Landesversammlung beschließt über das jährliche Finanzkonzept. Im Finanzkonzept wird die Verteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen den Gliederungsebenen festgelegt.

•

Dokumentiert

Entscheidung der Landesschiedskommission der Linkspartei.PDS Hamburg (Auszug)

Hamburg, den 14.01.2007
Betreff: Entscheidung Schiedsverfahren (Eingang 14.10.2006) Geschäftsführender Landesarbeits-Ausschuss Linkspartei.PDS Hamburg gegen Roman-Raffaele Chirico auf Ausschluss wegen parteischädigendem Verhalten

In dem o.g. Verfahren hatte die Landesschiedskommission ordnungsgemäß zu mündlichen Verhandlungen am 30. November 2006 sowie am 8.1.2007 (Zweitansetzung) eingeladen. An beiden Terminen nahm nur der Antragsteller, nicht aber der Antragsgegner Roman-Raffaele Chirico teil. Im Anschluss an die mündliche Verhandlung bei der Zweitansetzung am 8.1.2007 erging einstimmig folgender Beschluss:

„Der Antrag auf Parteiausschluss von Roman-Raffaele Chirico wird abgelehnt.“

Begründung :

Aus den eingereichten Materialien des Antragstellers sowie der mündlichen Verhandlung ergab sich zweifelsfrei, dass sich Roman-Raffaele Chirico sowohl parteischädigend als auch in erheblichem Maße unsolidarisch verhalten hat.

Insbesondere seine Verbreitung von e-mails mit Falschinformationen gezielt in der Linkspartei.PDS Hamburg, der WASG-Hamburg (und vermutlich auch darüber hinaus) hat der Linkspartei.PDS in Hamburg Schaden zugefügt und den Parteibildungsprozess mit der WASG-Hamburg negativ beeinflusst. →

Termine +++ Termine +++ Termine

Als Beweis hierfür reicht die vom Antragsteller eingereichte Kopie der von *Roman-Raffaele Chirico* am 1.9.2006 verbreiteten e-mail aus:

In der weit verteilten e-mail wird eine alternative Tagesordnung für die folgende Bezirksmitgliederversammlung der Linkspartei.PDS in Hamburg-Wandsbek verbreitet, in der mit den vorgeschlagenen Tagesordnungspunkten mit Falschinformationen ein negatives und falsches Bild der Wandsbeker Linkspartei.PDS bzw. einzelner Genossinnen und Genossen vermittelt wird.

(...)

Insgesamt gesehen ist alleine diese e-mail mit einer Vielzahl von Falschbehauptungen dazu geeignet, den Bezirksverband Wandsbek in einem derartig schlechten Licht erscheinen zu lassen, dass der Tatbestand der Parteidiskreditierung gegeben ist.

Bezieht man diese Falschinformationen auf die betroffenen Genossinnen und Genossen, so ist hier der Versuch erkennbar den kompletten Vorstand der Wandsbeker Linkspartei.PDS als Personen zu kriminalisieren. Das ist mehr als unsolidarisches Verhalten.

Nachweislich war dies allerdings nicht die einzige von Roman-Raffaele Chirico verbreitete e-mail mit Falschinformationen.

Die Schiedsordnung der Linkspartei.PDS lässt als einzige Sanktion das Mittel des Parteiausschlusses zu.

Der Antragsteller konnte trotz der dargelegten Punkte nicht schlüssig nachweisen, dass der Schaden so groß ist, dass der Ausschluss zwingend notwendig ist.

In einem möglichen Berufungsverfahren müsste der Antragsteller diesen Nachweis führen.

Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung ist dieser Beschluss der Landesschiedskommission inklusive seiner Begründung im nächsten Landesinfo der Linkspartei.PDS Hamburg zu veröffentlichen.

Linkspartei.PDS Hamburg
- Landesschiedskommission-

(*Gerald Kemski*) -Vorsitzender-
(*Renate Asad*) -Schriftführerin-
(*Verena Brachvogel*) -Mitglied-

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluss der Landesschiedskommission kann schriftlich (nicht per e-mail) innerhalb von vier Wochen Widerspruch eingelegt werden bei der Bundesschiedskommission der Linkspartei.PDS Kl. Alexanderstr. 28 10178 Berlin.

Auf dieser Seite finden sich dieses Mal keine Termine von AGs und Bezirksverbänden. Wir verweisen auf die Webseite, Punkt Termine, der Linkspartei - www.linkspartei-hamburg.de. Interessierte haben außerdem die Möglichkeit, sich direkt mit den Bezirksverbänden und AGs der LINKEN in Verbindung zu setzen: Kontakte auf der letzten Seite.

Dienstag, 17. April 18:00 bis 22:00 Uhr
„Linke Alternativen entwickeln!
Gemeinsam eingreifen“

Wahlforum der LINKEN zur Bürgerchaftswahl 2008
Wirtschaftsgymnasium St. Pauli, Budapester Str. 58,

Mittwoch, 18. April, 19.00 Uhr
Christa Müller kommt!

Mit ihr findet in Hamburg Nord eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kinderbetreuung – Frauensache?“ statt. Veranstalter sind die beiden Landesvorstände.

Ort und die beiden weiteren Diskutanten werden über den Verteiler und auf der Homepage bekannt gegeben.

Sonntag, 29. April, 12.00 Uhr
Doris Gehrcke liest: Krimis, Bella Block und Politik

Doris Gehrcke liest und diskutiert mit dem Juristen und Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Prof. Norman Paech. Spannende Krimis mit politischem und gesellschaftskritischem Hintergrund sind Doris Gehrckes Spezialität. Ihre Erfahrungen werden konfrontiert mit denen des Juristen, Völker- und Staatsrechtlers und linken Politikers Norman Paech. Musik: SOKO M, Jazz und Jazzverwandtes, Jens Sokolowski und Peter Voigt. Eintritt = keiner, Veranstaltung in der Reihe Rote Möwe von MdB Luc Jochimsen, MdB Norman Paech, Linkspartei.PDS und WASG

Polittbüro, Steindamm 45

Montag, 30. April, ab 21.00 Uhr
Tanz in den Mai – Sozialismus – lieben – tanzen – machen

Konzert mit der Oma-Körner-Band, danach Partymusik

Gemeinsame Veranstaltung von: Linkspartei.PDS BV Harburg, WASG Harburg und der DKP Harburg. (Einlass ab 20:30 Uhr), Eintritt 6,- Euro betragen, ermäßigt 4,- Euro

Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20

Sonntag, 20. Mai, 12.00 Uhr
Lesung Jürgen Elsässer „Angriff der Heuschrecken – Zerstörung der Nationen und globaler Krieg“

Abschließend diskutieren, moderiert von Sigrid Meißner (Journalistin, ehem. Hamburger Morgenpost, jetzt Hamburger Initiativzeitung HIZ), der Autor und der Völkerrechtler und Außenpolitiker der Linksfraktion im Bundestag, Prof. Norman Paech. Die einen sagen: Das Buch sei linker Populismus, andere: es sei provokative Beschreibung der Linken, wieder andere: radikale Warnung vor einem neuen Krieg. Eintritt frei. Veranstaltung in der Reihe Rote Möwe von MdB Luc Jochimsen, MdB Norman Paech, Linkspartei.PDS und WASG

Polittbüro, Steindamm 45

Weitere Termine

Donnerstag, 5. April, 19 bis 22.000 Uhr
Treffen der Stadtteilinitiative gegen Sozialabbau u. f. d. Frieden für Eidelstedt/Stellingen/Lurup u. Umgebung (ist auch ein Selbsthilfeprojekt f. von der Wirtschaftskrise u. persönlichen Krisen Betroffene

Eidelstedter Bürgerhaus, Erdgesch., Alte Elbgastr. 111

Donnerstag, 19., bis Sonntag, 24. April
Schule der Arbeitslosen (von Joachim Zelter)

Gemeinsame Veranstaltung des DGB und der Vers- und Kaderschmiede im Polittbüro. Es lesen und spielen auf

**Hamburger Ostermarsch 2007 - das Hamburger Forum und viele andere rufen auf:
Kriege beenden! Spart endlich an der Rüstung!
Für eine Friedensstadt Hamburg!**

Ostermontag, 9. April

12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona
11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche

14 Uhr Friedensfest auf dem Großneumarkt

Livemusik: Rotdorn • Keeper Bumbled • Rezitation • Reden • Essen und Trinken
• Infostände. Es sprechen u.a.: Norman Paech, MdB • Wolfgang Rose, ver.di HH

der Bühne und von der Leinwand:
GILLA CREMER THOMAS EBERMANN
DIETMAR MUES JAQUES PALMINGER
LISA POLITT JÜRGEN RUFENACH ROC-
KO SCHAMONI VICTORIA TRAUTT-
MANDORFF MICHAEL WEBER GU-
STAV PETER WÖHLER u.v.m.

Das Stück spielt im Jahre 2016. Dann ist nicht alles anders, man ist nur etwas weiter. Arbeitslose z.B. können kaserniert werden, natürlich nur „freiwillig“ - wenn man nicht fragt, was passiert, wenn jemand dem „Angebot“ nicht folgt. Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG sagt dazu: „Genau darin liegt die Meisterschaft Joachim Zelters, dass er Spannung und Pointen millimetergenau setzen kann, dass er im Komischen stets das typisch Menschliche, Endliche, Tragische aufspürt.“ Man wird also bei dieser szenischen Lesung häufiger heftig lachen müssen - schließlich ist die Wirklichkeit lächerlich und erschreckend zugleich. - Eintritt 15/10 Euro.

Polittbüro, Steindamm 45

Samstag, 2. Juni, 17-22.00 Uhr
Ausstellungseröffnung „Aus dem Dunkel ins Licht“ - Politische Collagen

Texte/Bilder/Fotos mit Musik-Theater-Lesung/Tauschbörse/Büffett/Tanz zu Oldies. Soli-Eintritt von 1,00 bis 3,00 Euro.

Ort: Eidelstedter Bürgerhaus, Theatersaal (oben)

Fortsetzung - Politische Collagen mit Bildern u. Texten - „Aus dem Dunkel ins Licht“ - Zeit: Nach Vereinbarung - Wir suchen noch dringend kostenlose leere Bilderrahmen aller Art!!!! Und wir suchen Sponsoren bzw. auch Rock /Musikgruppen, die kostenlos auftreten. Kontakt: email: monika.nora.riemer@gmx.de

Linke Gesellschaftsgestaltung

Im Rahmen des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks soll ein Abend als Workshop zum Thema linker Diskussionskultur und Gestaltungsfähigkeit durchgeführt werden. Wer Interesse an einer praxisorientierten Veranstaltung hat melde sich bitte unter:

info@rosa.luxemburg-bildungswerk.de

„Was ist heute links?“, fragt „kontrovers“ in seiner Ausgabe 01/2006. M. Brie und C. Spehr arbeiten hier u.a. Bedingungen für den Raum der Linken heraus. Das Verhältnis von politischer,

20. April

Besuch beim Deutschen Bundestag in Berlin (Tagestour), Teilnahmebeitrag 10 Euro

4./5. Juni: 2-tägige Informationsreise

mit dem Bundespresseamt nach Berlin (als Bildungsurlaub anerkannt)

Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro, Tel. 28 05 65 46, norman.paech@wk.bundestag.de

kultureller und sozialer Linken ist dabei eine unentbehrliche und untrennbare Produktivkraft für die Veränderung der Gesellschaft.

Der Ökonomisierung der Gesellschaft und der damit verbundenen Enddemokratisierung des gesellschaftlichen Lebens muss entgegengewirkt werden. Die Aufgabe der Linken in dieser Situation ist es, das Bewusstsein der Menschen für ihre Gestaltungsfähigkeit (wieder) zu gewinnen. Der Anspruch dieser Veranstaltung soll sein, konkrete Inhalte für die Bewegung zur Emanzipation in einer solidarischen Diskussionskultur zu entwickeln.

Veranstaltungen des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks

Mittwoch | 4. April | 19 :30 Uhr
Organizing to win

Organizing und (Druck-)Kampagnen als neue gewerkschaftliche Strategien. Georg Wissmeier, Kampagnenberater u. Organizer
Treffpunkt St. Georg, Zimmerpforte / Ecke Hansaplatz, Teil.beitrag. 2 Euro

Mittwoch | 11. April | 19 :30 Uhr
Widerlegt die moderne Hirnforschung den freien Willen?

Christine Zunke, Philosophin, Uni Hannover
Werkstatt 3, Nernstweg 32, Seminarraum, Teilnahmebeitrag 2

Sonntag | 15. April | 11 - 17 Uhr
Workshop: Die „Gastarbeitergeschichte“ – eine fast vergessene deutsche Geschichte

Hasan Çil, Soziologe und Publizist, Köln-Kooperation mit Bund der alevitischen Jugendlichen (AAGB)
Alevitisches Kulturzentrum - Alevi Kültür Merkezi, Goethestr. 37

Mittwoch | 18. April | 19:30 Uhr
Parteibildungsprozesse in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Prof. Dr. Klaus Kinner, Historiker, Leipzig
Treffpunkt St. Georg, Zimmerpforte / Ecke Hansaplatz, Teilnahmebeitrag 2

Mittwoch | 25. April | 19:30 Uhr

Iran – Islamismus an der Macht
Farzaneh Sharifi, Sozialwissenschaftlerin, Frankfurt/M.

Donnerstag | 3. Mai | 19:30 Uhr
Podiumsdiskussion

Die neue Linke vor der Fusion: Chance oder Scheitern?

Jens König, Journalist taz
Bodo Ramelow, MdB, Parteibildungsbeauftragter der Linkspartei.PDS, und
Oliver Nachtwey, Parteienforscher Uni Göttingen
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Teilnahmebeitrag 2

Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, Raum 14, Teilnahmebeitrag 2

Donnerstag | 26. April | 19:00 Uhr

Frankreich nach den Wahlen

Neofaschismus und modernisierter Konservatismus als Wahlgewinner?
Bernard Schmid, Journalist, Paris
Ort siehe Website

Mittwoch | 9. Mai | 19:00 Uhr
G Strich. Kleine Geschichte des Kapitalismus

Prof. Dr. Georg Fülberth, Politikwissenschaftler, Marburg
Uni Hamburg, Department für Wirtschaft und Politik (ehem. HWP), Von-Melle-Park 9, Raum siehe Aushang

Mittwoch | 23. Mai | 19:00 Uhr
Memorandum 2007

Dr. Rainer Volkmann, Volkswirt, HH
Uni Hamburg, Department für Wirtschaft und Politik (ehem. HWP), Von-Melle-Park 9, Raum siehe Aushang

www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Impressum

Herausgeber: Linkspartei.PDS LV Hamburg • WASG Die Wahlalternative Hamburg • Kreuzweg 7, 20099 Hamburg. **Redaktion:** Christian Arndt, Astrid Dahaba, Dora Heyenn, Christiane Schneider (V.i.S.d.P.), Martin Wittmaack. **Email:** lv-landesinfo@lists.linkspar-tei-hamburg.de **Bilder:** soweit nicht anders angegeben: GNN-Archiv. **Gesamtherstellung:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. **Auflage:** 1000. Das nächste Landesinfo erscheint voraussichtlich im Juni. **Redaktionsschluss:** Anfang Juni.

Die Linkspartei.PDS

Landesverband Hamburg (DIE LINKE.PDS-HH)

Kreuzweg 7
20099 Hamburg
Tel.: (0 40) 3 89 21 64
Fax.: (0 40) 43 09 70 28
E-Mail: info@linkspartei-hamburg.de
Webseite: www.linkspartei-hamburg.de
Sprechzeiten: Mo., Mi., Do. 15:00 - 18:00;
Di., Fr. 12:00 - 17:00
Kontoverbindung: Postbank -Giro- Hamburg,
BLZ: 200 100 20, Konto-Nr.: 966 705 205

Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative Landesverband Hamburg (WASG-HH)

Kreuzweg 7
20099 Hamburg
Tel.: (0 40) 22 62 42 14
Fax.: (0 40) 22 62 42 15
E-Mail: info@wasg-hh.de
Webseite: wasg-hh.de
Sprechzeiten: Mo., Do. 14:00 - 17:00
Kontoverbindung: Haspa Hamburg, BLZ: 200 505 50,
Konto-Nr.: 1 268 122 148

Bezirksverbände

Altona

Robert Jarowoy (DIE LINKE.PDS), (0 40) 39 63 86,
bv-altona-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Gerd Lauerermann (WASG), (0 1 71) 9 91 52 83,
lauconsult@aol.com

Bergedorf

Stephan Jersch (DIE LINKE.PDS), (0 1 77) 7 53 77 24,
bv-bergedorf-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Michael Mirbach (WASG), (0 1 75) 5 60 24 75,
michael_mirbach@hotmail.com

Eimsbüttel

Mülayim Hüseyin (DIE LINKE.PDS), (0 40) 28 49 91 90,
bv-eimsbuettel-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Judith Gerstenberg (WASG), (0 40) 43 27 21 33,
judithgerstenberg@web.de

Hamburg-Mitte

Marcus Donath (DIE LINKE.PDS), (0 1 77) 5 06 72 35,
bv-mitte-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Elisabeth Baum (WASG), (0 1 76) 29 28 16 15,
baum.aecp@superkabel.de

Hamburg-Nord

Herbert Schulz (DIE LINKE.PDS), (0 1 78) 1 72 23 93,
bv-nord-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Christian Schröppel (WASG), (0 40) 22 92 59 13,
c@schroepfel.com

Harburg

Taras Fillanich (DIE LINKE.PDS), (0 40) 30 09 20 30,
bv-harburg@linkspartei-hamburg.de
Jürgen Dünbostel (WASG), (0 40) 76 75 10 14,
juergen.duenbostel@gmx.de, Ronald Wilken (WASG),
(0 1 78) 2 72 24 34, RonaldC@gmx.de, wasg-harburg.de

Wandsbek

Ingeborg Fischer (DIE LINKE.PDS), (0 40) 6 43 16 59,
Rainer Tichy (DIE LINKE.PDS), (0 1 70) 5 52 80 56,
bv-wandsbek-vorstand@lists.linkspartei-hamburg.de
Ulrich Aderhold (WASG), (0 40) 63 91 81 18,
ulrich.aderhold@web.de

Landesarbeitsgemeinschaften

AG Antifaschistische Bildungs- und Kommunalpolitik (DIE LINKE.PDS)

Wolfram Siede, (0 1 70) 8 14 19 71, wolframsiede@gmx.de

AG Arbeit und Armut (DIE LINKE.PDS/WASG)

Wolfgang Joithe, (0 1 72) 3 82 39 88,
ag-arbeit@linkspartei-hamburg.de

AG Behinderten- und Sozialpolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Detlef Baade, (0 1 75) 7 75 73 95, Detlef.Baade@web.de

AG Betrieb und Gewerkschaft (DIE LINKE.PDS/WASG)

Olga Fritzsche, (0 1 60) 3 55 23 73, Gerald Kemski,
(0 40) 4 10 29 64, Sabine Wils (0 1 76) 43 02 23 30,
ag-bg@linkspartei-hamburg.de

AG Bildungspolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Kay Beiderwieden, (0 40) 5 40 75 80,
ag-bip@linkspartei-hamburg.de
Henning Feige, (0 40) 5 51 36 02, henning.feige@online.de

AG Cuba Si (DIE LINKE.PDS)

Hartmut Iskraut, (0 40) 4 10 17 30, Georg Petrina,
(0 40) 55 54 96 16, info@cuba-si-hamburg.de,
cuba-si-hamburg.de

AG Frauenpolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Christine Detamble-Voss, (0 40) 4 39 96 72,
christl.detvoss@gmx.de
Gabi Krzeminski, (0 40) 6 31 89 47, gabi164@freenet.de

AG Frieden und weltweite Abrüstung (DIE LINKE.PDS)

Gunhild Berdal, (0 40) 28 79 22 40,
ag-fuwa@linkspartei-hamburg.de

AG Friedensstadt Hamburg (DIE LINKE.PDS/WASG)

Hartmut Ring, (0 40) 2 79 23 53, HartmutRing@web.de

AG Gegen Rechts (DIE LINKE.PDS)

Rörd Hinrichsen, (0 1 79) 7 49 06 49, Saskia Mestern,
(0 40) 22 40 66, ag-gegen-rechts@linkspartei-hamburg.de

AG Gesundheitspolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Annette N. Sawatzki, (0 40) 28 05 65 46,
norman.paech@wk.bundestag.de

AK Hafen & Schifffahrt (DIE LINKE.PDS/WASG)

Detlef Baade, (0 1 75) 7 75 73 95, Detlef.Baade@web.de
Gerald Kemski, (0 40) 4 10 29 64, gerald.kemski@t-online.de

AG Hamburg-Politik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Herbert Schulz, (0 1 78) 1 72 23 93,
Schulz-Hamburg@t-online.de
Wolf v. Matzenau, (0 1 60) 90 53 80 27,
matzenau@cdm-hamburg.de

AG Kulturpolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Astrid Dahaba (0 40) 85 86 30
astrid.dahaba@gmx.de

AG Kultur und Sport (DIE LINKE.PDS/WASG)

Holger Knorr, (0 1 76) 28 00 90 61, holger-st-pauli@gmx.de
Antje Wefing, (0 1 50) 2 38 93 45, antje_wefing@yahoo.de

AG Lisa Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen (DIE LINKE.PDS)

Christine Detamble-Voss (kommissarisch), c/o DIE
LINKE.PDS-HH, (0 40) 3 89 21 64,
info@linkspartei-hamburg.de

AG Medien (DIE LINKE.PDS/WASG)

Rainer Tichy, (0 1 70) 5 52 80 56, rainertichy@gmx.de
Tilman Rosenau, Tilman.Rosenau@tele2.de

AK Migration und Flucht (DIE LINKE.PDS/WASG)

Karin Haas, (0 40) 2 79 44 40,
ag-internet@linkspartei-hamburg.de
Zaman Masudi, (0 40) 72 00 84 32,
zaman_masudi@web.de

AG Öffentliche Daseinsvorsorge (DIE LINKE.PDS/WASG)

Gerald Kemski, (0 40) 4 10 29 64,
gerald.kemski@t-online.de
Berno Schuckart, (0 1 71) 4 87 15 38, bschuckart@aol.com

AG Programm (WASG)

c/o WASG-HH, (0 40) 22 62 42 14,
ag.programm.wasg.hamburg@t-online.de

AG Sozialpolitik (DIE LINKE.PDS/WASG)

Charlotte Wilken, (0 40) 28 80 67 78,
Charlottewilken@web.de

AG Studierendenpolitik (DIE LINKE.PDS)

Till Petersen, (0 1 70) 9 40 24 47, Anja Post-Martens,
(0 1 75) 4 45 81 19, ag-stud-pol@linkspartei-hamburg.de

AG Umwelt, Energie und Verkehr (DIE LINKE.PDS/WASG)

Robert Krause, (0 1 77) 4 77 77 09, krause-robert@gmx.de,
Gilbert Siegler, (0 40) 64 08 92 84, g.siegler@web.de

AG Uni (WASG)

Christoph Timann, (0 1 77) 8 35 90 13, timann@gmx.de

AG Verkehr (DIE LINKE.PDS)

Roman-Raffaele Chirico, (0 40) 75 49 35 49,
ag-verkehr@linkspartei-hamburg.de

AG Wirtschaft, Arbeit, Finanzen (DIE LINKE.PDS/WASG)

Horst Bethge, (0 40) 6 01 52 12, horst.bethge@t-online.de
Norbert Hackbusch, (0 40) 46 00 58 50,
Norbert.Hackbusch@gmx.de

AG Wohnungspolitik, Stadtentwicklung und Verkehrswesen (DIE LINKE.PDS/WASG)

Christian Samsche, Christian.Samsche@brachvogel-eg.de,
Christiane Schneider (0 1 63) 15 82 57 9,
gnn-hhsh@hansenet.de

Plattformen (DIE LINKE.PDS)

AG BWK

Christiane Schneider, (0 1 63) 15 82 57 9,
gnn-hhsh@hansenet.de

Kommunistische Plattform

Saskia Mestern, (0 40) 22 40 66,
kpf@linkspartei-hamburg.de

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Lilo Lottemoser, (0 40) 6 02 14 49,
kpf-cz@linkspartei-hamburg.de, kpf-hamburg.de

Universitätsgruppen

(Universität Hamburg)

Liste Links

Till Petersen, (0 1 70) 9 40 24 47, links@uni-hamburg.de,
student.org.uni-hamburg.de/LINKS

DIE LINKE.WASG

Marcel Bois, (0 1 74) 2 34 41 14, marcel.bois@gmx.de

Jugendorganisationen

['solid'] - die sozialistische Jugend

Landesverband Hamburg (DIE LINKE.PDS)

Sven Dehmow, (0 41 03) 8 06 92 46,
info@solid-hamburg.de, solid-hamburg.de

Linksabbieger Hamburg (Linke Jugend) (WASG)

c/o WASG-HH, (0 40) 22 62 42 14, linksabbieger@lycos.de,
linksabbieger.de